



Foto: WavebreakMediaMicro/Adobe Stock

Steigende Eigenanteile im Heim, hohe Belastung in der häuslichen Pflege – nur jede*r Zehnte macht sich ums Älterwerden keine Sorgen.

Laut SoVD-Umfrage blicken zwei von drei Deutschen sorgenvoll auf ihre eigene Pflege

Angst vor schlechter Versorgung

Eine vom SoVD in Auftrag gegebene Umfrage zeigt, wie tief die Sorge um die eigene Pflege in unserer Gesellschaft verankert ist. Die Bundesregierung stellt Reformen in Aussicht und verweist auf die Expertise einer Arbeitsgruppe. Deren Vorschläge jedoch enttäuschen: Statt Pflegebedürftige besser zu unterstützen oder sie finanziell zu entlasten, macht der Bericht vor allem die zwischen Bund und Ländern weiterhin bestehenden Konflikte deutlich.

In Deutschland gibt es immer mehr Pflegebedürftige. Allein seit 2015 hat sich ihre Zahl fast verdoppelt – auf knapp sechs Millionen Menschen. Gestiegen sind dadurch auch die Ausgaben für deren Versorgung. Zuletzt machte die Pflegeversicherung rund eine halbe Milliarde Euro Minus. Diese Angaben veröffentlichte der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und warnte, dass auch in den nächsten Jahren mit Defiziten zu rechnen sei.

Um den Versicherungsbeitrag trotzdem stabil zu halten, stellt die Bundesregierung Darlehen bereit. Mit geliehenen Milliarden, so die Kritik des Spitzenverbandes, löse man jedoch keine Probleme, sondern verschiebe diese nur in die Zukunft.

Meinungsbild belegt eine große Verunsicherung

Wie sehr die Pflegepolitik bereits an Vertrauen verloren hat, macht jetzt eine vom SoVD in Auftrag gegebene Umfrage

des Meinungsforschungsinstitutes Civey deutlich. Demnach rechnen knapp zwei Drittel der Menschen mit einer schlechten Versorgung im Pflegefall, nur rund jede*r Zehnte macht sich dahingehend keine Sorgen. Für die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier ist dieses Stimmungsbild auch das Resultat immer neuer Sparvorgaben und jahrelang verschleppter Reformen. Das, so Engelmeier, habe Spuren hinterlassen.

Fortsetzung auf Seite 2

Interview mit Parsa Marvi, MdB

„Soziales Schutzniveau ist zu bewahren!“

Seite 5



Was ändert sich im neuen Jahr?

Gesetze und Neuregelungen

Seite 7



SoVD übernimmt DBR-Sekretariat

Übergabe des Staffeltabes im Sprecherinnenrat

Seite 4



Rentenpaket

Bundestag sichert Rentenniveau bis 2031

Seite 3



Blickpunkt

Liebe SoVD-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde unseres Verbandes,

das vergangene Jahr war kein leichtes. Es lässt sich nicht einfach so „abhaken“. Viele der Herausforderungen und Bedrohungen werden uns 2026 kaum loslassen. Auch wenn uns das neue Jahr keine Wunder bescheren wird: Gemeinsam können wir die Chancen nutzen, für sozialen Frieden, Gerechtigkeit und unsere Demokratie einzutreten – und gegen Spaltung und Radikalisierung!

Soziale Gerechtigkeit bleibt das Fundament, auf dem eine stabile Zukunft gebaut werden kann.

Echte Teilhabe meint, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter oder körperlichen Einschränkungen, die Chance hat, sein Potenzial zu entfalten. Sie bedeutet barrierefreien Zugang nicht nur zu Gebäuden, sondern ebenso zu Gesundheitsversorgung, Bildung und demokratischen Prozessen, sowie die Gewissheit, in Notlagen versorgt zu sein. Hierzu werden wir unsere sozialpolitischen Forderungen

weiter im Sinne benachteiligter Menschen vertreten.

Lassen Sie uns 2026 deshalb mit Mut beginnen. Mit dem Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, für unsere Überzeugungen einzustehen, und mit der Hoffnung, dass dies – im Schulterschluss mit anderen – Wirkung zeigt. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und euch ein gesundes, friedvolles und gerechtes neues Jahr!

Ihre SoVD-Vorständinnen
Michaela Engelmeier
Sandra Fehlberg

Laut einer SoVD-Umfrage blicken zwei von drei Deutschen sorgenvoll auf ihre eigene Pflege

Viele haben Angst vor schlechter Versorgung

Fortsetzung von Seite 1

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Umfrage einen möglichen Ausweg aus der Krise auf. Denn rund 80 Prozent der Befragten befürworten die Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung, die grundsätzlich alle Bürger*innen einbeziehen würde. Überraschend hoch fiel dabei die Zustimmung sogar unter Selbstständigen (69 Prozent) und Beamt*innen (42 Prozent) aus, die bisher der privaten Pflegeversicherung angehören. Als „ein starkes Signal an die Politik“ bezeichnete das Michaela Engelmeier. Sie wies darauf hin, dass der SoVD seit Langem eine solche Pflege-Bürgerversicherung fordere, in die alle einzahlen und die das Pflegerisiko solidarisch und gerecht absichert.

Hohe Eigenanteile führen zu pflegebedingter Armut

Dass der Systemwechsel hin zu einer Vollversicherung grundsätzlich machbar ist, belegte Prof. Dr. Heinz Rothgang von der Universität Bremen in einem Gutachten. Wie dringlich eine Reform mittlerweile ist, machte der Gesundheitsökonom vor Kurzem noch einmal in einem Vortrag vor Mitgliedern der SoVD-Bundeskonferenz deutlich.



Foto: picture-alliance

Prof. Heinz Rothgang

In diesem warnte Rothgang eindringlich vor absehbar weiter steigenden Beitragssätzen und immer höheren Eigenanteilen in der Pflege. Im ersten Jahr eines Heimaufenthaltes, so der Wissenschaftler, liege der Selbstbehalt bundesweit derzeit im Durchschnitt bei mehr als 3.100 Euro pro Monat. Damit sei jedoch längst nicht das Ende der Fahnenstange er-

reicht: Bereits 2027 werde sich dieser Betrag auf rund 3.500 Euro erhöhen.

Dabei war die soziale Pflegeversicherung ursprünglich eingeführt worden, um Armut infolge von Pflegebedürftigkeit explizit zu verhindern. Das System einer Teilleistung startete Mitte der 1990er-Jahre allerdings unter anderen Voraussetzungen: Während die zu Pflegenden zwar auch damals schon für ihre Unterbringung und Verpflegung zahlen mussten (wie in der eigenen Wohnung ja auch), übernahm die Versicherung in der Regel alle pflegebedingten Kosten.

Bestehendes System vom Kopf auf die Füße stellen

Inzwischen besteht abhängig vom Pflegegrad nur Anspruch auf einen konkret festgelegten Leistungsbetrag („Sockel“). Alle darüber hinausgehenden Kosten („Spitze“) müssen die Pflegebedürftigen aus eigener Tasche bezahlen. Eine Umkehr dieses

Verhältnisses regt daher Prof. Rothgang an. Pflegebedürftige würden dann nur noch einen festen monatlichen Eigenbetrag zahlen, während alle weiteren pflegebedingten Kosten zulasten der Pflegeversicherung gingen. Als Zwischenschritt zur Einführung einer Pflegevollversicherung befürwortet auch der SoVD diesen „Sockel-Spitze-Tausch“.

Bund und Länder suchen gemeinsam nach Lösungen

Mit der Frage, wie man die steigenden Kosten ohne Zugeständnisse bei der Versorgung in den Griff bekommt, beschäftigte sich in den letz-

ten Monaten eine hochrangig besetzte Arbeitsgruppe. Dieser gehörten die pflegepolitischen Entscheider*innen auf Bundes- und Landesebene an; den Vorsitz hatte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Unter der hoffnungsvollen Überschrift „Zukunftspakt Pflege“ weckte diese Bund-Länder-Kommission Erwartungen, die sich letztlich jedoch nicht erfüllten.

Sammlung von Ideen statt nachhaltiger Reformen

Als ernüchternd und enttäuschend bewertet der SoVD die jetzt von der Arbeitsgruppe vorgelegten Ergebnisse. Diese machten vor allem deutlich, dass sich die Beteiligten in wesentlichen Punkten nicht einigen konnten. Zentrale Fragen zur Finanzierung der Pflegeversicherung bleiben weiterhin ungeklärt, aus den angekündigten Eckpunkten einer Reform wurde eine vage Aufzählung von Möglichkeiten. Damit werden Bund und Länder ihrer gemeinsamen Verantwortung nicht gerecht.

Entlastungen scheitern vermutlich am Geldmangel

So empfiehlt die Arbeitsgruppe mit Blick auf die hohen Eigenanteile neben dem „Sockel-Spitze-Tausch“ auch eine automatische Anpassung der Pflegeleistungen an die

Neues SoVD-online-Format

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Ergänzend zum Titelthema interessiert uns insbesondere die Sicht unserer Leser*innen. Wir möchten von Ihnen als SoVD-Mitglied gerne wissen: „Woran denken Sie beim Thema Pflege?“

In der Umfrage können Sie dazu Schlagworte eingeben, gerne auch mehrere nacheinander. Darüber hinaus können Sie uns Ihre Gedanken und Erfahrungen auch in längerer Form schicken, per E-Mail an: redaktion@sovde.de.

Zur Umfrage geht es direkt über den QR-Code oder unter: www.sovde.de/ihre-meinung.



Foto: Evrymmnt/Adobe Stock

Pflege findet zum überwiegenden Teil zu Hause statt. Angehörige, die hier eine Versorgung möglich machen, nehmen meist körperliche, emotionale und finanzielle Belastungen in Kauf.

Preis- und Lohnentwicklung („Dynamisierung“). Keine Frage, diese vom SoVD seit Langem geforderten Maßnahmen wären dringend notwendig. Woher jedoch das Geld für die damit verbundenen Mehrausgaben kommen soll, bleibt unklar.

Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass die Kommission jene Maßnahmen nahezu komplett ausblendet, die in der Pflegeversicherung zu höheren Einnahmen führen würden: Das Eckpunktepapier erwähnt weder eine mögliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrundlage noch die denkbare Verbeitragung weiterer Einkommensarten. Ebenso außer Acht bleibt die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben oder versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln.

Für wirkliche Reformen fehlt weiterhin der nötige Mut

Am schwersten aber wiegt aus Sicht des SoVD das Festhalten an dem bestehenden Teilleistungssystem. Das ist eine klare Absage an die vom Verband geforderte Pflegevollversicherung – und damit an die vollständige Absicherung des pflegerischen

Risikos. Allen Bekundungen zum Trotz bleibt es somit weiterhin bei den hohen Zuzahlungen für Versicherte. Dass die Arbeitsgruppe gleichzeitig den Ausbau der privaten Vorsorge vorantreiben möchte, dürfte da bei vielen für Kopfschütteln sorgen.

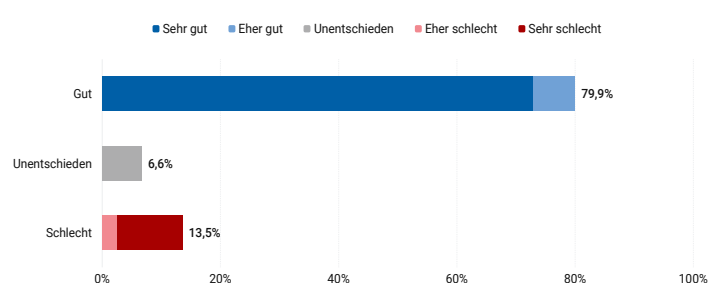
SoVD: Verschlechterungen sind nicht hinnehmbar

Noch weniger nachvollziehbar sind dagegen Überlegungen der Kommission, den Menschen, die erstmals den Pflegegrad 2 oder 3 erhalten, für drei Monate das Pflegegeld oder ihr Entlastungsbudget zur Hälfte zu kürzen. Eine derartige Verschlechterung, die letztlich das Leistungsprinzip der Pflegeversicherung aushöhlt, trifft auf den entschiedenen Widerstand des SoVD.

Worum es jetzt gehen muss, brachte die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier auf den Punkt: „Was wir wirklich brauchen, sind echte und nachhaltige Reformen in der Pflege. Das erfordert Investitionen in die pflegerische Zukunft. Dazu gehört vor allem eine solidarische Bürgervollversicherung, in die alle einzahlen.“

Joachim Schöne

Wie bewerten Sie den Vorschlag, alle Bürger*innen in einer gemeinsamen Pflegeversicherung zu versichern?

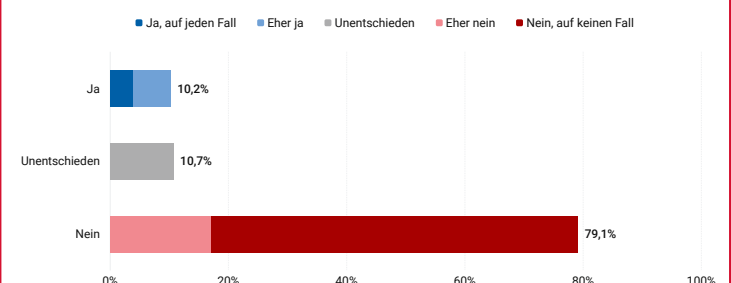


Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,5% | Stichprobengröße: 2.500 | Befragungszeitraum: 02.10.25 - 06.10.25

Grafik: Civey

Im Auftrag des SoVD befragte das Meinungsforschungsinstitut Civey online 2.500 Bundesbürger*innen ab 18 Jahren sowie 500 Personen, die Angehörige pflegen. Die Zustimmung zur Bürgerversicherung fiel dabei eindeutig aus.

Werden pflegende Angehörige Ihrer Meinung nach ausreichend unterstützt, etwa durch staatliche Angebote?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 9,1% | Stichprobengröße: 500 | Befragungszeitraum: 02.10.25 - 16.10.25

Grafik: Civey

Einen hohen Stellenwert hatte bei der SoVD-Umfrage auch die Perspektive pflegender Angehöriger: Fast 80 Prozent von ihnen gaben an, dass die staatlichen Unterstützungsangebote weiterhin unzureichend seien.

Bund und Länder streiten über Einsparungen bei der Krankenversicherung

Einigung über Sparpaket erwartet

Etwa zwei Milliarden Euro soll die gesetzliche Krankenversicherung 2026 einsparen, um die Beiträge auf dem aktuellen Niveau zu halten. Der Streit darüber überdeckt, dass eigentlich tiefgreifende Reformen für eine sichere Finanzierung der Krankenkassen nötig sind, meint der SoVD.

Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hatte im November zumindest auf dem Papier stabile Krankenkassenbeiträge für gesetzlich Versicherte versprochen. Sie sollen 2026 weiter bei 14,6 Prozent liegen. Hinzu kommt der vom Bundesgesundheitsministerium festgelegte Zusatzbeitrag. Er steigt im kommenden Jahr auf 2,9 Prozent. 2025 lag dieser Orientierungswert noch bei 2,5 Prozent, viele Krankenkassen erhöhten ihre Beiträge jedoch über diesen Wert hinaus. Auch im Laufe des Jahres stiegen die Mitgliedsbeiträge bei manchen Kassen noch weiter.

Um kurzfristig Beitragsanhebungen zum Jahreswechsel zu verhindern, hatte Warken ein Sparpaket von zwei Milliarden Euro vorgesehen. Der Bundesrat stoppte das Gesetz aber und schickte es in den Vermittlungsausschuss. Die Länder lehnten das Paket aus Sorge um die finanzielle Ausstattung der Kliniken ab.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kündigte unterdessen an, dass ein Kompromiss gefun-



Foto: Achim Wagner / Adobe Stock

Die Vertreter*innen der Länder lehnten die Pläne des Gesundheitsministeriums ab. Ein Vermittlungsausschuss soll Lösungen liefern.

den werde. Basis der Einigung soll eine Protokollerklärung der Bundesregierung sein. Sie schlägt darin vor, die Kürzungen für das Jahr 2026 im darauffolgenden Jahr wieder auszugleichen. Ob es wirklich dazu kommt, war bis zum Redaktionsschluss der SoVD-Zeitung noch offen.

Selbst wenn das Sparpaket noch in Kraft tritt, sind Beitragserhöhungen nicht vom Tisch.

Die Krankenkassen verweisen auf ihre Verpflichtung, Rücklagen aufzufüllen. Aus Sicht des SoVD sind statt Beitragskorrekturen in letzter Minute langfristige und solidarische Finanzierungsreformen erforderlich.

Der Streit um Einsparungen dürfte weitergehen, denn für 2027 wird bei der gesetzlichen Krankenversicherung aktuell ein Defizit von mehr als zehn Milliarden Euro erwartet. str

Streit um Behandlungskosten für Bürgergeldbezieher

Krankenkassen ziehen gegen Bund vor Gericht

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) übernimmt die Gesundheitskosten für Bürgergeldbezieher*innen, erhält aber nicht ausreichend finanzielle Mittel dafür. Die Kassen klagen deshalb auf eine adäquate Finanzierung durch den Bund.

Der GKV-Spitzenverband hat vor dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Klage gegen den Bund eingereicht. Streitfall ist die Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung von Bürgergeldbeziehenden. Damit habe der Bund die Krankenkassen beauftragt, er verweigere aber die notwendige Finanzierung, werfen die Kassen dem Bund vor.

Aktuell zahlt der Staat pro Bürgergeldempfänger*in eine Pauschale von 133 Euro im Monat an die jeweilige Krankenkasse der Versicherten. Doch der Beitrag deckt nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Die Differenz gleichen die Krankenkassen mit Beitragsmitteln ihrer Versicherten aus. Insgesamt summiere sich das auf zehn Milliarden Euro jährlich, so die Krankenkassen.

An dieser Finanzierung versicherungsfremder Leistungen gibt es schon lange Kritik. Die aktuelle Regierung lässt allerdings nicht erkennen, an der Praxis etwas verändern zu wollen. Nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes würde eine bedarfsdeckende Finanzierung der Behandlung von Bürgergeldbeziehenden zu einer Entlastung der Beitragszahlenden führen und stabile oder sogar sinkende Krankenkassenbeiträge zur Folge haben. str



Foto: DONNERKEIL Agentur / Adobe Stock

Die Gesundheitskosten für Bürgergeldbeziehende sind höher als die staatliche Pauschale.

Rentenniveau bis 2031 gesichert – SoVD: gesetzliche Rente dauerhaft stärken

Bundestag beschließt das Rentenpaket

Der Weg bis zur Verabschiedung des Rentenpaketes war von viel Streit überschattet, am Ende stand aber doch eine knappe Mehrheit für das Projekt. Damit bleibt das Rentenniveau in den nächsten Jahren stabil, und weitere Änderungen bei der Mütterrente sowie die sogenannte Aktivrente können in Kraft treten. Über die weitere Zukunft des Rentensystems soll eine neue Kommission tagen.

Lange wurde um das Rentenpaket gerungen, vor allem innerhalb der Union gab es Vorbehalte gegen das Vorhaben. Im Dezember beschloss der Bundestag das Paket dennoch ohne Änderungen, sodass es nun wie geplant im nächsten Jahr in Kraft treten kann.

Kernstück ist die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis zum Jahr 2031. Diese sogenannte Haltelinie garantiert, dass die Renten weiterhin im gleichen Maße steigen wie die Löhne. Anderenfalls würde das Rentenniveau absinken, weil immer mehr „Babyboomer“ von Einzahlenden zu Rentenbeziehenden werden – bis 2031 voraussichtlich um rund einen Prozentpunkt auf 47 Prozent.

Der SoVD hatte intensiv dafür geworben, die Haltelinie zu verlängern und Planungssicherheit für Millionen von Rentner*innen herzustellen. Gegenüber der Mediengruppe Bayern betonte die SoVD-



Foto: Kay Nietfeld / picture alliance

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bei der namentlichen Abstimmung über das Rentenpaket im Bundestag.

Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier: „Es ist gut, dass die Bundesregierung sich geeinigt und eine Stärkung der gesetzlichen Rente beschlossen hat. Mehr als 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner sowie alle zukünftigen Rentner-Generationen brauchen Verlässlichkeit.“

Für die meisten ist die gesetzliche Rente die einzige Absicherung im Alter.“

Weitere Elemente des Rentenpaketes sind die Stärkung der Betriebsrenten, die Einführung der Aktivrente sowie die Ausweitung der Mütterrente auch auf Frauen, die vor 1992 Kinder

Hohe Kosten für „die Private“

PKV: Beiträge steigen enorm

Die Mehrkosten im Gesundheitswesen treffen auch die private Krankenversicherung (PKV). Darum kann 2026 für privat Versicherte ihre Krankenkasse ebenfalls teurer werden – und zwar deutlich: im Durchschnitt etwa 13 Prozent, je nach Tarif und Anbieter noch mehr.

Laut Verband der privaten Krankenversicherung sei vor allem ein „dauerhaft starker Anstieg der medizinischen Leistungsausgaben“ der Grund, dass für rund 60 Prozent der Versicherten die Beiträge zum 1. Januar so steigen müssten. Das betrifft rund fünf Millionen Menschen. Dabei waren die PKV-Beiträge schon 2025 gestiegen.

Die Verbraucherzentrale rät, zu vergleichen und zu prüfen, ob ein Wechsel in „die Gesetzliche“, in eine andere private Kasse oder in einen günstigeren Tarif infrage kommt. Hier solle man gut abwägen, welche Leistungen verzichtbar sind. Bei Überlastung gebe es zudem auch für privat Versicherte Hilfen vom Jobcenter oder zuständigen Sozialhilfeträger. ele

geboren haben. „Dass mit der Mütterrente eine langjährige Benachteiligung endlich ausgeglichen wird, ist ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen“, stellt Michaela Engelmeier dazu fest. Trotz des Gesetzespaketes ist die Zukunft der Rente bei Weitem nicht abschließend geklärt. Das soll nun eine Kommission mit Vertreter*innen aus Wissenschaft und Politik übernehmen, die die Bundesregierung noch im Dezember einsetzte. Deren Aufgabe ist es, Wege zur langfristigen Sicherung der Rente aufzuzeigen.

Der SoVD formuliert einen klaren Auftrag an das Gremium: „Die Rentenkommission muss jetzt nachlegen und mit wirksamen Maßnahmen die gesetzliche Rente als tragende Säule dauerhaft stärken“, betont Michaela Engelmeier. Der SoVD wird im Interesse seiner Mitglieder die Arbeit der Kommission eng begleiten.

Sebastian Triesch



Foto: Wolfgang Borrs

Symbolische Weitergabe: Michaela Engelmeier (li.) erhielt den Staffelstab des DBR aus der Hand von Hannelore Loskill.

Staffelstabübergabe beim Deutschen Behindertenrat

SoVD übernimmt Vorsitz im Sprecherinnenrat

Seit dem 3. Dezember hat der SoVD das Sekretariat des Deutschen Behindertenrates (DBR) inne. Für genau ein Jahr ist damit die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier gleichzeitig auch Sprecherinnenratsvorsitzende des Bündnisses.

Für Engelmeier bedeutet dies Ehre und Verpflichtung zugleich: „Ich freue mich darauf, mich in dem vor uns liegenden Amtsjahr noch stärker für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen zu dürfen.“ Sie dankte zudem allen Mitgliedsverbänden im DBR für das große Engagement im zurückliegenden Jahr.

Die neue Sprecherinnenratsvorsitzende richtete ihren Blick auf die vor ihr liegenden Aufgaben. Dabei machte Michaela Engelmeier eines ganz deutlich: Einsparungen auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen dürfe es nicht geben! *jos/pmz*

Neuer Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht

Fast jede*r Fünfte muss auf Wichtiges verzichten

Armut führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wie der neue Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, können sich viele wichtige Güter nicht leisten. Zugleich ist das Vermögen in Deutschland weiterhin sehr ungleich verteilt.

17,6 Prozent der Bevölkerung müssen aufgrund von Armut auf wichtige Güter, Dienstleistungen oder Aktivitäten verzichten. Dazu zählen etwa der Einkauf frischer Lebensmittel oder auch das Beheizen der Wohnung. Dieser Wert für 2024 geht aus dem siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor, den das Bundeskabinett Anfang Dezember verabschiedet hat.

Der Bericht stellt auch eine Zunahme der Einkommenunterschiede in den letzten Jahren fest. So seien die verfügbaren Haushaltseinkommen zwar in allen Einkommensschichten angestiegen, aber bei Gutverdienenden mehr als bei Menschen mit geringerem Lohn oder Gehalt. Diese seien zudem stärker von der Inflation betroffen.

Beim Vermögen ist die Ungleichheit etwas zurückgegangen, bleibt aber stark ausgeprägt; die zehn Prozent vermögendsten Haushalte besitzen 54 Prozent des gesamten Nettovermögens; die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung dagegen nur etwa 3 Prozent. Für die Verteilungsgerechtigkeit bleibt weiterhin viel zu tun. *str*



Foto: Antonio Gravante / Adobe Stock

Viele müssen Abstriche beim Einkauf machen.

Behindertengleichstellungsgesetz: SoVD fordert erhebliche Nachbesserungen

Benachteiligung bleibt Realität

Die Bundesregierung plant eine Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). In dem vorliegenden Referentenentwurf erkennt der SoVD zwar gute Ansätze, zu mehr Teilhabe werde die Reform aus Sicht des Verbandes jedoch nicht führen: Die bisherige Planung stelle wirtschaftliche Interessen klar vor den Minderheitenschutz und die Einhaltung von Menschenrechten.

In seiner Stellungnahme zu dem Referentenentwurf begrüßt der SoVD grundsätzlich, dass Menschen mit Behinderungen künftig einen einklagbaren Anspruch auf die Durchführung „angemessener Vorkehrungen“ im privaten Bereich bekommen sollen. Nachdem eine entsprechende Regelung im öffentlichen Sektor bereits existiert, setzt deren Ausweitung jetzt Vorgaben der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) um.

Allerdings fehlt bisher ein Anspruch auf Entschädigung für den Fall, dass private Anbieter gegen dieses Benachteiligungsverbot verstoßen. Menschen mit Behinderungen könnten sich somit nicht wirkungsvoll zur Wehr setzen.

Besonders scharf allerdings kritisiert der SoVD eine Formulierung in dem Gesetzentwurf, die sich auf bauliche Veränderungen beziehungsweise Anpassungen von Waren und Dienstleistungen bezieht. Diese seien demnach für Unternehmen eine „unverhältnismäßige



Foto: Cultura Creative / Adobe Stock

Mit einem Behindertengleichstellungsgesetz in der jetzigen Form bleibt die nötige Revolution hinsichtlich Teilhabe weiter aus.

und unbillige Belastung“. Eine so formulierte Vorschrift würde Belange der Wirtschaft über die Einhaltung der UN-BRK stellen. Gleichzeitig ginge davon das fatale Signal aus, dass die Bundesregierung Menschen mit Behinderungen als (wirtschaftliche) Belastung sieht. Diese Regelung stößt daher beim SoVD auf massiven Widerstand und muss gestrichen werden!

Positiv dagegen bewertet der Verband die Schaffung eines Bundeskompetenzzentrums für Leichte Sprache und Deutsche Gebärdensprache. Beides soll zu besseren Teilhabemöglichkeiten führen. Auch die darüber hinaus geplante Stärkung des Amtes des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen findet die Zustimmung des SoVD. *jos*

Studie zeigt steigende Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderungen

Rückschritte bei der Inklusion

Die schlechte wirtschaftliche Lage schlägt auf den Arbeitsmarkt durch – und Menschen mit Behinderungen sind besonders betroffen. Unter ihnen stieg die Arbeitslosenquote zuletzt deutlich stärker als in der Gesamtbevölkerung.

Die Situation von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert. Das zeigt eine von der Aktion Mensch veröffentlichte Untersuchung des Handelsblatt Research Institutes.

Danach stieg die Arbeitslosenzahl von schwerbehinderten Menschen deutlich. Im Oktober waren es in Deutschland rund 185.400 Menschen und damit knapp fünf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Schon seit Jahren wächst diese Gruppe von Arbeitslosen. Andere Zahlen aus dem Jahr 2024 zeigen zudem, dass mehr Schwerbehinderten gekündigt wurde. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit schweren Beeinträchtigungen lag im Jahresschnitt 2024 bei 11,6 Prozent. Das war 0,6 Prozentpunkte höher als 2023 – in der Gesamtbevölkerung waren 2024 dagegen nur 6 Prozent arbeitslos gemeldet.

Das liegt auch daran, dass die Anzahl der Firmen stieg, die gar



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Weniger als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland erfüllen ihre Pflicht, genug Menschen mit Behinderungen einzustellen.

keine*n Schwerbehinderte*n beschäftigen, obwohl das gesetzliche Pflicht ist. Nur rund 39 Prozent der Unternehmen erfüllen diese Pflicht. Gut 35 Prozent kommen der Vorgabe zumindest teilweise nach. Gut jedes vierte Unternehmen hält sich gar nicht daran, hat also

keinen einzigen Arbeitsplatz mit einem*r Schwerbehinderten besetzt, sondern zahlt stattdessen eine Ausgleichsabgabe. Der SoVD setzt sich seit Langem dafür ein, die Regelungen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu verschärfen. *str*

SoVD im Gespräch mit Parsa Marvi, MdB (SPD), zu den Vorhaben der Sozialstaatskommission

„Soziales Schutzniveau ist zu bewahren!“

Schon seit Herbst befasst sich die von der Regierung eingesetzte Sozialstaatskommission unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Analyse und Bewertung des grundlegenden deutschen Staatssystems. Zielvorgabe ist die Entwicklung einer zukunftsfähigen und gerechten Reform. Der SoVD begrüßt das Vorhaben und begleitet es kritisch. Bei einem Treffen mit Kommissionsmitglied Parsa Marvi, MdB (SPD), betonte die SoVD-Vorsitzende Michaela Engelmeier, wie wichtig es sei, den Sozialstaat zu stärken.

Die Bündelung und Vereinfachung von Prozessen gehören zu den zentralen Maßgaben des Expert*innenrates. Angestrebt wird unter anderem, künftig mehrere Sozialleistungen zusammenzufassen, um deren Beantragung zu erleichtern.

Gleichzeitig will man Erwerbsanreize stärken und Modelle entwickeln, um die Übergänge von Sozialleistungen in Beschäftigung zu erleichtern. Seit Langem steht außer Frage, dass hierfür die Abläufe in den Verwaltungen schneller, unkomplizierter und an vielen Stellen digital werden müssen. Zentrale Anlaufstellen stehen im Fokus der Sondierungen.



Kürzlich traf die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier Bundestagsmitglied Parsa Marvi. Sie waren sich einig, dass ein starker Sozialstaat für die Demokratieförderung enorm wichtig sei.

Der SoVD begrüßt generell Vereinfachungen, da sie geeignet sind, den Zugang zu Sozialleistungen grundlegend zu verbessern. Gleichzeitig mahnt die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier: „Pauschalisierungen können Sozialleistungen auch verschlechtern. Etwa, wenn Familien ihr Zuhause verlieren, weil die neue Wohnkostenpauschale die Miete nicht abdeckt.“ Das Versprechen, das soziale Schutzniveau zu bewahren, müsse in jedem Falle eingehalten werden.

Laut Plan soll die Kommission der Bundesregierung bereits im Januar 2026 erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorstellen. *veo*

Kurzvita

Parsa Marvi ist ein deutscher Sozialdemokrat (SPD). Er kam 2021 in den Bundestag und wurde 2025 wiedergewählt. Marvi ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung sowie im Finanzausschuss; außerdem fungiert er als stellvertretendes Mitglied der Ausschüsse für Wirtschaft und Energie sowie Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.

Der 1983 im Iran geborene Politiker setzt sich auch für die Bekämpfung von Rassismus und Rechts extremismus ein. Marvi ist überdies Mitglied der überparteilichen Europa-Union Deutschland, die sich für ein föderales Europa und den europäischen Einigungsprozess starkmacht.

Interview

Parsa Marvi plädiert für „mehrkanaifähige“ Verwaltung mit barrierefreiem, transparentem Leistungszugang für alle

„Digitales und Analoges zusammendenken“

Staatsmodernisierung und Entbürokratisierung sind komplexe Vorhaben. Einerseits soll die Leistungsfähigkeit des Staates gesteigert werden. Andererseits gilt es, Prozesse zu vereinfachen und bürgernäher zu machen, damit Unterstützungsleistungen zeitnah dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden. Parsa Marvi sprach im Interview über Ziele und Herausforderungen der Sozialstaatskommission.

__Sie sind Mitglied (Begleitgruppe) der Kommission zur Sozialstaatsreform. Welches ist das vorrangige Ziel der Kommission? Und weshalb ist eine Reform gerade aktuell so wichtig?

Der inhaltliche Fokus liegt auf steuerfinanzierten Leistungen wie zum Beispiel dem Wohngeld, dem Kinderzuschlag und den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der Sozialhilfe. Der Befund ist klar: Der heutige Sozialstaat hat erkennbare Defizite bei Effektivität, Transparenz, Nutzerfreundlichkeit und Bearbeitungstempo. Der Sozialstaat ist zu komplex geworden. Das spüren viele Menschen, die auf staatliche Beratung und Unterstützung angewiesen sind. Der daraus resultierende Vertrauensverlust ist auch schädlich für die Integrität staatlicher, demokratischer Institutionen.

Vor diesem Hintergrund muss eine umfassende Reform unseres Sozialstaats auf den Weg gebracht werden, um ihn handlungsfähiger und wirksamer zu machen.

__Welche Maßnahmen braucht es zur Entbürokratisierung und Modernisierung?

Die Zentralisierung und Bündelung von Kompetenzen für die Leistungsbearbeitung im föderalen Staat ist für uns ein wichtiges

Ziel, um das Bearbeitungstempo im Sozialstaat zu erhöhen. Im Rahmen der föderalen Modernisierungsagenda müssen hierzu klare und verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Dabei sind wir, falls erforderlich, auch zu Änderungen des Grundgesetzes bereit, um für zentrale Vollzugskompetenzen zu sorgen. Es muss Klarheit her, welche Ebene für welche Leistung verantwortlich ist.

__Welche Rolle spielen dabei die Digitalisierung und die Standardisierung von Prozessen?

Meine Vision für den modernen Sozialstaat ist, dass alle Bürger*innen nur noch zu einem Kontaktpunkt kommen müssen, um entlang ihrer Lebenslage beraten zu werden und eine zu ihrem Bedarf passende Leistung beantragen zu können.

Dieser einheitliche Kontaktpunkt („One Stop Shop“) erfordert nur einen einmaligen Datennachweis. Die Daten sollen in der Regel automatisiert über den Datenaustausch zwischen den Behörden ermittelt werden. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Registermodernisierung mit einer guten Datenqualität, die wir vorantreiben. Wir müssen digital und analog zusammendenken. Der einheitliche Kontaktpunkt muss immer so-

wohl digital als auch stationär auf gleichwertigem Niveau vorgehalten werden. Die mehrkanaifähige Verwaltung ermöglicht so digitale Teilhabe, begegnet aber der Gefahr der digitalen Spaltung.

__Aufgrund von zu viel Bürokratie und Intransparenz werden bislang viele gute (Sozial-)Leistungen nicht ausreichend abgerufen.

Wir wollen einen Sozialstaat, bei dem jeder Mensch einen barrierefreien und transparenten Zugang zu allen Leistungen erhält, die für ihn verfügbar sind. Das wird die Abrufquote erhöhen.

__Der Service vor Ort (in den Ämtern) bleibt für viele Menschen unerlässlich?

Absolut. Es muss weiterhin einen leistungsfähigen Service vor Ort, kombiniert mit sozialräumlichen Beratungsangeboten, geben. Der Staat darf sich wegen der Digitalisierung nicht aus der Fläche zurückziehen. Darauf werden wir bestehen.

__Sie sind Mitglied im Digitalausschuss des Bundestages und mit vielen digitalpolitischen Themen konfrontiert. Inwieweit können Sie Ihren Sachverstand in die Kommission einbringen?

Das ist mein Fokus in der Kommission. Ich bringe wichtige Fragestellungen ein: Wie kommen wir zu vollständig digitalen Prozessen im Sozialstaat ohne Medienbrüche? Wie schaffen wir ein intelligentes Lotsen- und Assistenzsystem für die digitale Beantragung, damit Menschen mit unterschiedlichem Zugang zur digitalen Welt gleichermaßen mitgenommen werden können? Wie können wir mit Unterstützung von KI komplexe Inhalte und Verfahren für die Leistungsberechtigten verständlich, transparent und handhabbar dargestellt und in eine allgemein verständliche Sprache übersetzen? Wie bekommen wir eine gute Verbindung zur EUDI-Wallet hin als zentrale Bürger*innen-App? [Anm. d. Red.: Gemeint ist eine digitale Brieftasche, in der offizielle Identitätsnachweise wie Personalausweis oder Führerschein gespeichert werden können.]

__Der SoVD wurde im September als Stakeholder angehört – aus Sicht des Verbandes nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit. Warum ist ein starker Sozialstaat unerlässlich für die Demokratieförderung?

Ein starker Sozialstaat ist entscheidend für eine lebendige Demokratie. Aus Sicht der SPD schafft



Foto: P. Marvi / photothek.net
Parsa Marvi, MdB (SPD)
Mitglied der Kommission zur Sozialstaatsreform

er Sicherheit, gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit und Chancen – und schützt vor Armut und Ausgrenzung. Wer sich auf den Staat verlassen kann, verliert nicht das Vertrauen in demokratische Institutionen. Sozialer Zusammenhalt stärkt die politische Teilhabe, verhindert gesellschaftliche Spaltung und macht Demokratie widerstandsfähig gegen Extremismus. Nur mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bleibt Demokratie für alle erlebbar.

__Im Januar stellt die Kommission ihre bisherigen Ergebnisse vor. Sind davon konkrete Reformen zu erwarten?

Ich bin zuversichtlich und gehe fest davon aus, dass wir uns in der Kommission bis dahin auf Ergebnisse einigen können, die den Sozialstaat nach vorne bringen.

Interview: Veronica Sina

Geht es um Themen wie Rente oder Bürgergeld, halten nicht alle Behauptungen einer Überprüfung stand

Mythen der Sozialpolitik unter der Lupe

Leben wir als Gesellschaft nicht längst über unsere Verhältnisse? Und können wir uns den Sozialstaat eigentlich überhaupt noch leisten? Egal, ob es um den demografischen Wandel oder die Alterssicherung geht: Nicht immer geht es bei der Debatte um die Sozialausgaben in Deutschland wirklich um Fakten. Wir überprüfen den Wahrheitsgehalt einiger oft und gerne wiederholter Behauptungen.

„Ein stabiles Rentenniveau geht zulasten der Jungen!“

Am Rentenniveau kann man ablesen, wie gut die Rente den erreichten Lebensstandard absichert. Es muss deshalb angemessen hoch sein und außerdem stabil bleiben, damit die Renten steigen wie die Löhne und Rentner*innen nicht benachteiligt werden. Das ist gerade auch im langfristigen Interesse der Jüngeren – schließlich wollen sie für ihre Beiträge selbst noch ordentliche Renten erhalten. Dementsprechend ist eine große Mehrheit von ihnen bereit, höhere Beiträge in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die Leistungen mindestens stabil bleiben. Ein stabiles Rentenniveau – unter Berücksichtigung des Beitragssatzes – sichert dann genau das, was alle wollen, nämlich eine verlässlich gute Absicherung bezogen auf die Löhne und eine faire Verteilung auch im demografischen Wandel mit steigenden Kosten.

„Ohne Aktien für Rente & Co. geht es angesichts des demografischen Wandels nicht!“

Der demografische Wandel ist zweifellos eine große Herausforderung für Gesundheit, Pflege und Rente. Denn Beitragseinnahmen und Fachkräfte werden tendenziell knapper. Eine sogenannte Kapitaldeckung etwa mit Aktien bietet keinen echten Ausweg. Eine Gesellschaft kann

nur äußerst beschränkt Güter „auf die hohe Kante legen“ – und Dienstleistungen gar nicht. Letztendlich muss der größte Teil der sozialen Leistungen im Hier und Jetzt erbracht werden, und der ebenfalls alternde Rest der Welt wird dabei nur sehr begrenzt helfen können. Deshalb ist es sinnvoller, die Produktivität zu stärken und die demografische Lage zu entspannen, indem man in Infrastruktur, Bildung, Care-Angebote und qualifizierte Zuwanderung investiert, statt noch mehr Geld in die Finanzmärkte zu leiten.

„Das Bürgergeld ist ein bedingungsloses Grundeinkommen – Arbeit lohnt sich nicht mehr!“

Das Bürgergeld ist eben kein bedingungsloses Grundeinkommen! Es wird nicht unabhängig von Vermögen oder anderem Einkommen gezahlt. Man muss

im Gegenzug dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn nicht gute Gründe wie etwa Kindererziehung dagegen sprechen. Bei fehlender Mitwirkung an der Arbeitssuche drohen zudem Leistungskürzungen.

Im Übrigen: Wer arbeitet, hat dank Freibeträgen beim Bürgergeld oder sonstigen Leistungen wie etwa Wohngeld in jeder Konstellation mehr Geld als jemand, der nur Bürgergeld bezieht. Arbeit lohnt sich also immer.

Richtig ist aber auch: Diese Leistungen muss man beantragen und bekommt sie anders als das Bürgergeld nicht „aus einer Hand“, sondern häufig nur an mehreren Stellen. Dies ist mühsam und oft langwierig. Hier braucht es dringend Reformen für mehr Einfachheit, Geschwindigkeit und Verständlichkeit.

„Gut fünf Millionen Menschen bekommen Bürgergeld, sie könnten auch arbeiten gehen!“

Rechnet man unter anderem die Kinder heraus, dann gelten nur etwa vier Millionen Menschen, die Bürgergeld bekommen, als erwerbsfähig. Gut zwei Millionen von ihnen wiederum kümmern sich um Angehörige, nehmen an Bildungsmaßnahmen teil oder können als „Aufstocker*innen“ nicht von ihrem Lohn leben. Wirklich arbeitslos ist damit nur knapp die Hälfte dieser Erwerbsfähigen.



Foto: Luciano / Adobe Stock

Eine stabile Rente, die den Lebensstandard absichert, ist gerade auch für jüngere Menschen eine wichtige Perspektive.

Innerhalb dieser Gruppe aber sind die Hürden für eine sozialversicherte Stelle dennoch hoch. Denn viele der arbeitslosen Menschen im Bezug von Bürgergeld haben eine zu geringe Qualifikation oder sonstige Vermittlungshemmnisse. Da hilft es auch nicht, ihnen die Leistungen zu kürzen. Um ihre Teilhabe zu sichern und volkswirtschaftlich klug zu agieren, müssen allen Schwierigkeiten zum Trotz die Arbeitsmarktchancen der Betroffenen verbessert werden.

„Weniger Krankenkassen, weniger Kosten!“

Anders als bei der Rente sind die Gesundheitsausgaben in den letzten Jahrzehnten auch anteilig an der Wirtschaftsleistung recht deutlich gestiegen. Deutschland setzt seine Mittel allerdings weniger effizient ein als vergleichbare Länder: Bei bestenfalls mittelmäßigen

Ergebnissen zum Beispiel bei der Lebenserwartung sind die Ausgaben für Behandlungen im Krankenhaus und für Arzneimittel in Deutschland ausgesprochen hoch. Hier gibt es echte Einsparpotenziale, denn die Gesamtausgaben aller Krankenkassen liegen bei weit über 300 Milliarden Euro im Jahr.

Die Zahl der Krankenkassen weiter zu reduzieren, würde vor diesem Hintergrund nur wenig Geld sparen. Zur Erinnerung: In den 1990er-Jahren gab es noch über 1.000 Kassen, mittlerweile sind es nur noch knapp 100. Dennoch sind die Kosten im Gesundheitsbereich merklich gestiegen. Das liegt übrigens nicht in erster Linie an den Gehältern der Kassenvorstände. Denn die summieren sich in Deutschland insgesamt auf etwa 30 Millionen Euro im Jahr. Das Einsparpotenzial läge somit im überschaubaren Millionenbereich. jos/BAM

*Dieser Text erscheint mit freundlicher Genehmigung des Magazins der Arbeitnehmerkammer Bremen (BAM). Diese vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts alle im Bundesland Bremen abhängigen Beschäftigten, mit Ausnahme von Beamten*innen. Weitere Details finden Sie online unter: www.arbeitnehmerkammer.de.*

SoVD im Gespräch



Foto: SoVD

Das Thema Gewalt gegen Frauen muss sichtbar werden, und Betroffene brauchen Unterstützung! Dafür traten SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König (li.) und Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November ein. In den sozialen Medien halfen sie auch, Beratungsangebote wie das Hilfetelefon 116 016 bekannter zu machen.

Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen

In Deutschland wird jede dritte Frau mindestens einmal im Leben Opfer von physischer oder sexualisierter Gewalt. Bei etwa jeder vierten ist der Täter ihr (Ex-)Partner. Der SoVD meint: Geschlechtsspezifische Gewalt geht alle an. Nur mit Engagement und Nicht-Wegschauen lässt sie sich zurückdrängen.

Mädchen und Frauen mit Behinderungen erleben noch zweibis dreimal häufiger Übergriffe als der Durchschnitt: Sexuelle Gewalt erfährt fast die Hälfte – als Kind, Jugendliche oder

Erwachsene. Körperliche Gewalt ist hier fast doppelt so verbreitet wie bei Frauen ohne Behinderungen; im Erwachsenenalter sind es 70 bis 90 Prozent.

Solidarität zeigte der SoVD bei der Social-Media-Aktion #Schweigenbrechen des Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen. Unter 116 016 gibt es Beratung zu allen Gewaltformen – rund um die Uhr, kostenlos, vertraulich.

Rentendialog: Florian Bilic, MdB (CDU)

Zu einem wichtigen Austausch traf die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier,

begleitet von Henriette Wunderlich, SoVD-Referentin für Alterssicherung, das CDU-Bundestagsmitglied Florian Bilic – am 3. Dezember, kurz vor der Abstimmung über das Rentenpaket. Bilic ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und einer der jungen CDU-Abgeordneten, die die Maßnahmen kritisch sehen. Umso dringender war das Gespräch über die Bedeutung für Millionen Menschen.

Engelmeier machte die Haltung des SoVD klar: Das Rentenpaket sei ein entscheidender Schritt zu einer besseren Altersvorsorge für heutige und kommende Generationen. Breite Zustimmung und eine starke gesetzliche Rente seien im Sinne aller Rentner*innen, der jetzigen sowie der zukünftigen.

Wichtige Gesetze und Neuregelungen 2026 – von Arbeit über Rente und Steuern bis Lebenshaltung

Was ändert sich im neuen Jahr?

2026 treten wieder etliche Regelungen in Kraft, die sich vielleicht auf Ihren Alltag auswirken. Viele davon sind Reformen der Bundesregierung, zum Beispiel bei Rente und sozialer Sicherung. Doch liefen noch am Jahresende Debatten und parlamentarische Verfahren. Und bei manchem bleibt offen, wie es in der Praxis weitergeht, etwa beim Wehrdienst. Fest stehen dagegen unter anderem mehr Verbraucherschutz und dass ein höherer Mindestlohn kommt. Die folgende Auswahl ist nicht vollständig, aber ein erster Überblick.

13,90 Euro Mindestlohn

Nach langem Ringen steigt der gesetzliche Mindestlohn von 12,82 Euro brutto pro Stunde in zwei Stufen: ab Januar 2026 auf 13,90 Euro; und im Folgejahr 2027 auf 14,60 Euro.

Für Auszubildende erhöht sich die Mindestvergütung im ersten Lehrjahr auf 724 Euro im Monat, im zweiten auf 854, im dritten auf 977 und bei einem vierten auf 1.014 Euro.

Minijobs bis 603 Euro

Auch für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse („Minijobs“) gilt der Mindestlohn. Seine Anhebung führt darum immer auch zu einer höheren Geringfügigkeitsgrenze. Minijobber*innen dürfen statt 556 nun bis 603 Euro im Monat verdienen (7.236 Euro im Jahr). 2027 werden es 633 Euro sein.

Gehälter vergleichen können

Bis 7. Juni muss der Gesetzgeber eine EU-Richtlinie in nationales Recht umsetzen, die die Gleichstellung voranbringen soll. Das Entgelttransparenzgesetz ist zu erweitern, unter anderem auf Betriebe ab 100 statt 200 Beschäftigten. Diese hätten dann mehr Anspruch auf Auskunft und Lohngerechtigkeit.



Foto: Small365 / Adobe Stock

In vielen Berufsfeldern verdient man üblicherweise nur Mindestlohn.

Rentenerhöhung

Laut Schätzungen steigen die gesetzlichen Renten zum 1. Juli um rund 3,7 Prozent – das wäre ein Plus oberhalb der Inflation. Ob diese Prognose stimmt, steht aber erst im Frühjahr fest. Dann liegen alle Daten zur Lohnentwicklung vor, von der

die Rentenberechnung immer abhängt.

Aktivrente bessert Zuverdienst

Das Rentenpaket zieht bis 2031 eine Rentenniveau-Haltelinie bei 48 Prozent. Zudem enthält es Neuerungen wie die Aktivrente: Arbeiten Rentner*innen nach der Regelaltersgrenze weiter, sind ab Januar vom Gehalt monatlich 2.000 Euro steuerfrei. Das gilt nur für sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte, nicht für Selbstständige, Freiberufler, Land- und Forstwirte*innen, Beamt*innen sowie in Minijobs.

freiwillig. Fehlen Rekrut*innen, kann aber später wieder eine Pflicht beschlossen werden.

Recht auf Ganztagschule

Zum Schuljahr 2026/2027, ab dem 1. August, gibt es bundesweit einen Rechtsanspruch auf Kinder-Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Er gilt erst nur für die erste Klasse. Jedes Jahr kommt dann eine Stufe dazu.

Höheres Kindergeld

Das Kindergeld steigt ab Jahresbeginn 2026 um vier Euro pro Monat: auf 259 Euro für jedes Kind.

deren Dokument (Plastikkarte) von 1999 bis 2001 ausgestellt ist. Dazu brauchen sie einen Termin bei der Fahrerlaubnisbehörde ihres Wohnsitzes. Mitzubringen sind Personalausweis oder Reisepass, ein biometrisches Passfoto, der alte Führerschein und rund 25 Euro.

Teurere fossile Brennstoffe

Zum Klimaschutz werden das Tanken und teils das Heizen erneuerbarer teurer. Die CO₂-Abgabe für Benzin, Diesel, Gas und Heizöl steigt auf 55 bis 65 Euro pro Tonne CO₂. Die Gasspeicherumlage hingegen entfällt.



Foto: CC-IMAGES / Adobe Stock

Aktivrente heißt: Wer im Rentenalter arbeitet, verdient bis zu 2.000 Euro steuerfrei.

sätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden ersetzen.

Online per Button stornieren

Ab 19. Juni greift mehr Verbraucherschutz im Internet. Zum Beispiel müssen Seiten, auf denen man per Klick kaufen kann, einen Widerruf-Button haben.

Fleisch-Kennzeichnungspflicht

Zum März kommt das staatliche Tierhaltungslogo, zuerst für Schweinefleisch im Supermarkt. Es kennzeichnet, wie die Tiere gehalten wurden: in fünf Kategorien von „Stall“ bis „Bio“.

Essen in Gaststätten

Ab Januar gelten in der Gastronomie 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer für Speisen – vor Ort, zum Mitnehmen oder geliefert. Für Getränke gilt das nicht. Dass Wirte die Ersparnis an Angestellte und Gäste weitergeben, ist unwahrscheinlich.

Bulgarien kriegt den Euro

In Bulgarien ersetzt der Euro den Lew. Das vereinfacht Urlaub und Handel. Preise könnten steigen. Der Kurs ist 1,95583 Lew für einen Euro, genau wie 2002 in Deutschland bei der D-Mark.

Einiges war bei Redaktionsschluss formal nicht endgültig beschlossen. Noch durch den Bundesrat mussten etwa die Bürgergeldreform, der Wehrdienst, das Renten- und das Steuerpaket. Dies ist der Stand vom 15. Dezember.
ele



Grafik: Auguste Lange / Adobe Stock

Anderes tritt später in Kraft. Die Mütterrente III etwa kommt 2027. Dann zählen gleiche Erziehungszeiten für alle Kinder.

Neue Grundsicherung

Das Bürgergeld soll ab Jahresmitte wieder nur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ heißen. Dann geht unter anderem Jobvermittlung vor Förderung – und härtere Sanktionen drohen: Wer eine Arbeit ablehnt, eine Weiterbildung abbricht oder sich nicht bewirbt, soll gleich 30 Prozent des Geldes gekürzt bekommen. Ähnlich ist es, wenn jemand schon den zweiten Termin im Jobcenter ohne wichtigen Grund versäumt; beim dritten Mal ist sogar eine komplette Streichung der Leistungen möglich.

Neuer Wehrdienst

Die Wehrpflicht wurde 2011 nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt. Das neue Wehrdienstgesetz führt 2026 wieder eine Wehrrfassung (Musterung) ein. Alle 18-Jährigen, ab Jahrgang 2008, erhalten einen Fragebogen, der ihre Eignung und Motivation für die Bundeswehr erhebt. Männer müssen, Frauen können ihn ausfüllen. Der Dienst selbst bleibt vorerst

Weitere Zuschüsse für Kinder

Bedürftige Familien, denen der Kindersofortzuschlag zusteht, erhalten zusätzlich zum Kindergeld 25 statt 20 Euro. Zudem gibt es „passive“ Zuschüsse, vor allem den Kinderfreibetrag bei der Steuer. Er steigt um 156 Euro auf 9.756 pro Kind (4.878 je Elternteil).

Höherer Grundfreibetrag

Für 2026 steigt der steuerliche Grundfreibetrag, also das Einkommen, bis zu dem keine Steuer anfällt: von 12.096 Euro auf 12.348 Euro im Jahr. Für zusammen veranlagte Ehepaare beträgt er somit 24.696 Euro.

Arbeitsweg zählt ab Anfang

Die Pendlerpauschale bei der Einkommensteuer ist nun einheitlich 38 Cent ab dem ersten Kilometer. Bisher berücksichtigte das Finanzamt die ersten 20 Kilometer nur mit je 30 Cent.

Deutschlandticket wird teurer

Das Deutschlandticket für den Nah- und Regionalverkehr kostet ab Januar fünf Euro mehr im Monat: 63 statt 58 Euro.

Führerschein umtauschen

Mit dem Tausch in den neuen EU-Führerschein sind diesmal bis zum 19. Januar alle dran,

Erneuerbare Energie erzeugen

Die Förderung für Photovoltaik-Anlagen (Solarstrom) läuft aus. Bei Anschaffung bis zum 31. Januar gilt noch der Nullsteuersatz und 20 Jahre lang die höhere Vergütung für Einspeisungen ins Netz. Bei neuen Anlagen ab Februar sinkt die Vergütung.

Anreize fürs Ehrenamt

Steuererleichterungen fördern Engagement. Die Ehrenamtpauschale steigt von 840 auf 960 Euro im Jahr, die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro. So erweitert gilt auch das Haftungsprivileg, das Risiken senkt: Erhalten Ehrenamtliche für ihren Einsatz unter 3.300 Euro, müssen sie nur vor-



Foto: goodluz / Adobe Stock

Sich ehrenamtlich um andere zu kümmern, wird mehr gefördert.



Personalie

Bereits seit 20 Jahren steht sie als Landesvorsitzende an der Spitze des SoVD Mitteldeutschland. Zudem wählten die Delegierten der Bundesverbandstagung des SoVD sie 2023 als Mitglied in die Bundeskonferenz. Am 11. Januar feiert **Kerstin Römer** ihren 70. Geburtstag.



Dem SoVD trat Römer bereits im Jahr der Wiedervereinigung 1990 bei. Während sie als Mitglied im Zukunftsausschuss des SoVD auf Bundesebene das „große Ganze“ fest im Blick hat, blieb sie auch ihren regionalen Wurzeln treu. Bis heute engagiert sie sich im Vorstand des Kreisverbandes Halberstadt.

Behandlungswünsche für den Krisenfall vorab klären

Patientenverfügung zur psychischen Gesundheit

In einer psychischen Ausnahmesituation lassen sich bestimmte Dinge möglicherweise nicht mehr selbst entscheiden. Konkrete Vorstellungen darüber, was man in einer solchen Krise möchte oder eben gerade nicht will, kann man daher vorab festlegen.

Eine Patientenverfügung ist mittlerweile vielen Menschen ein Begriff. Sie regelt, welche Maßnahmen im Falle einer Handlungsunfähigkeit bei schweren körperlichen Erkrankungen oder am Lebensende ergriffen oder unterlassen werden sollen. Ganz ähnlich verhält es sich mit einer sogenannten psychiatrischen Patientenverfügung. In dieser kann man vorab eigene Wünsche festlegen und in etwaige medizinische Behandlungen einwilligen oder diese ablehnen.

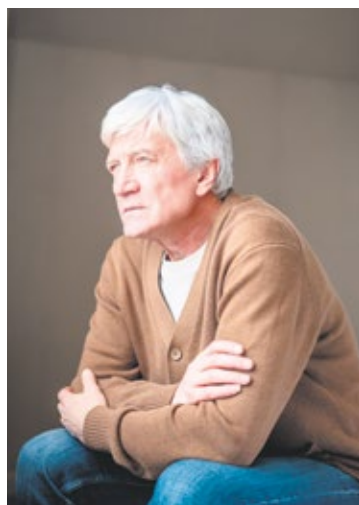


Foto: DimaBerlin / Adobe Stock

In einer solchen Patientenverfügung für den Bereich der psychischen Gesundheit kann man zudem auch Angaben zu Vertrauenspersonen oder Bevollmächtigten machen sowie die eigene Krankengeschichte notieren. Eine Unterbringung bei Selbst- oder Fremdgefährdung allerdings lässt sich mit der Erklärung nicht ausschließen.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) rät insbesondere Menschen mit psychischen Vorerkrankungen dazu, eine solche Verfügung zu erstellen. Gleichzeitig weist die DGPPN darauf hin, dass ein solches Dokument keine Alternative zu einer regulären Patientenverfügung sei, in der es um körperliche Belange gehe.

Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Internetseite des SoVD-Bundesverbandes unter: www.sovd.de/patientenverfuegung. Für Details zur Erstellung einer psychiatrischen Patientenverfügung gehen Sie im Internet auf die Seite: www.dgppn.de. jos/dpa

Krisen kommen meist plötzlich, dennoch kann eine vorab verfasste Verfügung entlasten.

SoVD-Jugend diskutiert

Am 26. Januar von 17.30 bis 19 Uhr ist das nächste „Barcamp“ der SoVD-Jugend. Es findet digital statt. Im Mittelpunkt der offenen Konferenz, bei der die Teilnehmenden die Inhalte bestimmen, steht diesmal das Thema Generationengerechtigkeit.

Wer online dabei sein möchte, kann sich noch bis zum 23. Januar mit einer E-Mail an: jugend@sovde.de anmelden und erhält weitere Infos.



Schleswig-Holstein

Pferdeschutzhof ausgezeichnet

Mit dem Sven-Picker-Inklusionspreis würdigt der SoVD Schleswig-Holstein Initiativen, die Barrieren abbauen und Teilhabe stärken. Für 2025 ging die Auszeichnung an den Pferdeschutzhof Phönix in Beschendorf, der gleichzeitig als soziale Begegnungsstätte dient.

Der kleine, rein ehrenamtlich geführte Verein verbindet Tierchutz, soziales Engagement und Inklusion auf eine besondere Weise. Menschen mit und ohne Behinderungen kümmern sich hier gemeinsam um die Pferde, packen bei Alltagsaufgaben an und starten immer wieder neue Projekte – ganz selbstverständlich, ohne große Worte darüber zu verlieren.

Besonders beliebt sind die Besuche mit den Ponys in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Dort sorgen die Tiere und das Team regelmäßig für echte Begegnungen zwischen den Generationen.

Bei der Preisverleihung betonte der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm, wie sehr ihn das Engagement des Vereins beeindruckt: „Der Pferdeschutzhof Phönix zeigt, wie Inklusion im Alltag funktioniert. Hier arbeiten Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten Seite an Seite, und jeder wird gebraucht. Dieses Projekt steht beispielhaft für



Der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm (3. v. li.) verlieh den nach Sven Picker benannten Inklusionspreis an den Phönixhof.

die Inklusion, die wir uns hier in Schleswig-Holstein wünschen.“

Den mit 5.000 Euro dotierten Preis nahm Bärbel Kraft-Schulze stellvertretend für das gesamte Team entgegen. Die Vorsitzende des Vereins sagte: „Für uns ist der Alltag mit den Pferden und unseren Helfern ganz selbstver-

ständig inklusiv, jeder bringt das ein, was er kann. Die Auszeichnung bedeutet uns unglaublich viel und gibt uns neue Motivation. Gerade für ein kleines, ausschließlich ehrenamtliches Projekt wie unseres ist diese Unterstützung ein wichtiges Zeichen.“

Mit dem Rollstuhl im Stadion: Tyll-Niklas Reinisch teilt seine Erfahrungen

Nicht alles perfekt in München

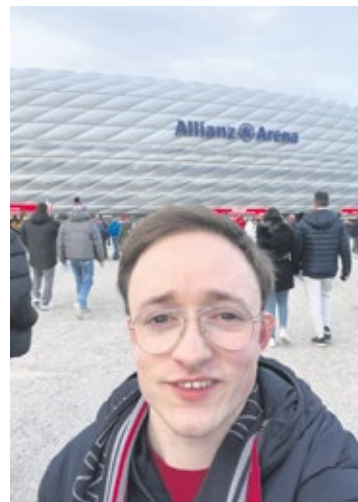
In der Juli-/August-Ausgabe stellte die SoVD-Zeitung Tyll-Niklas Reinisch, Vorstandsmitglied der SoVD-Jugend, und sein Projekt „Behindert nicht den Fußball“ vor. Darin testet er bundesweit Stadien auf Barrierefreiheit. Von nun an wird er hier regelmäßig seine Eindrücke schildern. Zum Auftakt schreibt er über seinen Besuch beim FC Bayern München, mit dem 2024 seine Besuchsreihe startete.

Als Rollstuhlfahrer erlebe ich jedes Stadion anders – und der Besuch beim FC Bayern war ambivalent. Auf dem Papier wirkt vieles vorbildlich: ausführliche Infos vorab, klare Hinweise zu Plätzen, Preisen und Services. Doch schon beim Buchen merkte ich, dass Barrierearmut nicht automatisch Barrierefreiheit bedeutet: Dass man bei einem der größten Vereine der Welt Rollplätze nur mit einem nicht am Computer ausfüllbaren PDF-Formular bestellen kann, ist für mich unverständlich.

Gute Plätze im Stadion, aber unnötige Umwege

In der Allianz Arena beeindruckt zunächst die Architektur: weite Gänge, klare Ausschilderung, moderne Infrastruktur. Mein Rollstuhlplatz bot eine sehr gute Sicht, war von Unbefugten abgeschirmt und die Begleitpersonen saßen erhöht, konnten also genauso gut das Spiel verfolgen. Mich überraschte die Nähe zu Medien und

Kommentarplätzen, was einen spannenden Blick hinter die Kulissen bot. Gleichzeitig war der Zugang nicht immer intuitiv.



Tyll-Niklas Reinisch bei seinem Besuch der Allianz Arena München im Februar 2024.

Ein falscher Eingang bedeutete Umwege, und mit Rollstuhl werden solche Meter länger, als sie aussehen. Nicht alle Per-

sonen vor Ort waren ideal geschult und leiteten mich teils völlig falsch.

Ausführlicher Bericht als Text und im Video

Insgesamt zeigte der Besuch, was möglich ist, wenn man Barrierefreiheit ernst nimmt – und wo es noch hakt, wenn Abläufe und Haltung nicht mitziehen. Mir hat der Stadionbesuch deutlich gemacht wie nah Anspruch und Wirklichkeit beieinander liegen können. Und warum es wichtig bleibt, genau hinzuschauen.

Das Spiel zwischen dem FC Bayern und RB Leipzig ging am Ende übrigens mit 2:1 an die Heimmannschaft. Einen ausführlichen Bericht gibt es auf meinem Blog unter www.medium.com/@BehindertNichtDenFussball. Außerdem habe ich meine Erlebnisse auch in einem Video festgehalten und auf meinem Youtube-Kanal unter www.youtube.com/@Nickfried30 veröffentlicht.

Tyll-Niklas Reinisch

Verwehren Praxen ein neues Rezept, stehen Patient*innen vor Problemen

Für Tabletten selbst zahlen?

Sind Schilddrüsen-Tabletten oder Asthmaspray aufgebraucht, ist das meist keine große Sache. Umso überraschender, wenn es dann von der Praxis heißt, man habe in diesem Quartal schon ein Rezept bekommen und solle für ein zweites nun selbst zahlen. Müssen sich Patient*innen damit abfinden?

Das ist so nicht erlaubt, sagt Anja Lehmann von der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Hätten Ärzt*innen die Behandlung von Patient*innen übernommen, seien sie auch verpflichtet, die in diesem Rahmen notwendigen Verordnungen auszustellen. Mögliche Probleme erklärt sich die Beraterin dadurch, dass jede Praxis pro Quartal ein gewisses Budget für die Verordnung von Arznei- und Heilmitteln zur Verfügung gestellt bekommt. Bei einer Überziehung drohen Prüfverfahren oder sogar Regressforderungen. Uneingeschränkt gelten lässt Lehmann dass allerdings nicht: „Wenn Ärzte ihren Mehraufwand begründen können, dürfen sie das Budget durchaus auch überschreiten.“ Das bedeute allerdings bürokratischen Aufwand, den sich manche Praxis womöglich ersparen wolle.

Betroffenen Patient*innen rät Lehmann, im Gespräch darauf aufmerksam zu machen, dass das Medikament medizinisch notwendig sei. Im besten Fall lenke das Gegenüber dann ein.



Foto: DusanJelicic/Adobe Stock

Wer ein neues Rezept benötigt, sollte das in der behandelnden Praxis unkompliziert erhalten – auch zum Ende des Quartals.

Zum Ausstellen eines Rezeptes zwingen, so die Patientenberaterin, könne man letztlich aber niemanden.

Theoretisch könne man sich zwar bei der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung beschweren, weil ein Verstoß gegen die vertragsärztlichen Berufspflichten vorliege. Diesen Schritt aber sollte man sich nach Meinung der UPD-Beraterin reiflich überlegen.

Denn es könne passieren, dass Ärzt*innen daraufhin den Behandlungsvertrag kündigen, weil das Vertrauensverhältnis aus ihrer Sicht gestört sei.

Einigermaßen nüchtern fällt daher auch das Fazit der Expertin aus. Sie sagt, wer auf ein Medikament angewiesen sei und es nicht verordnet bekomme, dem bleibe im Grunde nur der Wechsel zu einer anderen Praxis. *jos/dpa*

Patient*innen suchen häufiger Hilfe im Krankenhaus

Kliniken klagen über volle Rettungsstellen

In Deutschland suchen jeden Tag mehr als 35.000 Menschen eine Notaufnahme auf. Die durchschnittliche Quote fällt je nach Bundesland unterschiedlich aus. Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner*innen ist sie in Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin besonders hoch.

Im Jahr 2024 behandelten die deutschen Krankenhäuser rund 13 Millionen ambulante Notfälle. Das war nicht nur ein Anstieg gegenüber den Zahlen des Vorjahres, sondern gleichzeitig auch der höchste bisher erfasste Wert.

Die meisten ambulant behandelten Notfälle gab es dabei in bevölkerungsreichen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern. Bezogen auf die Zahl der dort lebenden Menschen dagegen war die Zahl der Behandlungen in Hamburg oder Berlin besonders hoch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kamen hier auf jeweils 1.000 Einwohner*innen durchschnittlich über 200 Fälle.

Schon seit Jahren stehen Deutschlands Kliniken vor dem Problem überfüllter Notaufnahmen. Eine geplante Reform scheiterte zuletzt an dem Bruch der Ampelkoalition. An einer Entlastung arbeitet daher nun Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Im Mittelpunkt steht die Frage, wann das Aufsuchen einer Erste-Hilfe-Stelle dringend erforderlich ist. Hierbei soll über die Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes unter Tel.: 116 117 künftig eine Ersteinschätzung erfolgen, um die weitere Behandlung besser steuern zu können. *jos*



Foto: OH/Adobe Stock

Der Name ist etwas irreführend: Längst ist die „Erste Hilfe“ nicht mehr nur für Notfälle da.

Verbraucherzentrum warnt vor unnötig hohen Kosten auf Zwischenportalen

Abzocke bei Online-Anträgen

Ob Führungszeugnis, Geburtsurkunde oder Nachsendeauftrag – einst aufwendige Behördengänge kann man heute meist über das Internet erledigen. Aber aufgepasst! Denn nicht selten versuchen sogenannte Zwischenportale, dabei abzukassieren. Wir sagen Ihnen, worauf Sie achten sollten.

Die schnelle Eingabe in eine Suchmaschine und ein paar voreilige Klicks können unter Umständen teuer werden. Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) warnt vor Anbietern, die mit Online-Dienstleistungen Kasse machen und für einfache Anträge oftmals hohe Zusatzgebühren verlangen. Diese fragwürdigen Angebote seien laut EVZ zwar ärgerlich, jedoch nicht automatisch illegal.

Zusätzlich erschwert wird ein Schutz vor dieser Form der Abzocke dadurch, dass diese Zwischenportale meist nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Denn die entsprechenden Internetseiten wirken „amtlich“ und dadurch glaubwürdig.

Das Verbraucherzentrum rät deshalb dazu, Anträge direkt bei der zuständigen Behörde oder dem jeweiligen Unternehmen zu stellen. Hierbei gelte es, genau hinzuschauen und Angebote geduldig zu prüfen. Dabei helfen die folgenden Tipps:



Foto: simona/Adobe Stock

Immer mehr Leistungen lassen sich am Computer beantragen. Bei kostenpflichtigen Angeboten sollte man jedoch aufmerksam sein.

- Bei Suchmaschinen stehen bezahlte Anzeigen oft ganz oben, offizielle Seiten für das jeweilige Anliegen folgen erst weiter unten.
- Prüfen Sie das Impressum: Behörden sind keine Rechtsformen wie zum Beispiel GmbH, S.L. oder LLC.
- Suchen Sie nach Dienstleistungen von Behörden zu nächst auf dem Serviceportal des jeweiligen Bürgeramtes.
- Ordnen Sie etwaige Gebühren ein: Sind sie realistisch? Oder handelt es sich um eine öffentliche, kostenlose Dienstleistung? *jos/dpa*

Studie fordert bessere Vermittlung durch Jobcenter

Mangelnde Hilfe bei der Suche nach Arbeit

Empfänger*innen von Bürgergeld erhalten wenig Unterstützung bei der Suche nach Arbeit. Das ergab eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung. Nahezu die Hälfte der Befragten gab zudem an, noch nie ein Stellenangebot vom Jobcenter bekommen zu haben.

An der Studie nahmen rund 1.000 Personen im Alter zwischen 25 und 50 Jahren teil. Dabei ging es unter anderem um die Frage, inwieweit sich die Interviewten in den letzten Wochen aus dem Bürgergeldbezug heraus aktiv um einen Job bemüht hatten. Eine knappe Mehrheit verneinte das. Allerdings gab gleichzeitig fast jede*r Zweite an, dazu aufgrund einer psychischen oder chronischen Erkrankung nicht in der Lage gewesen zu sein. Ebenso viele Befragte verwiesen auf zu wenige passende Stellen; jede*r Fünfte nannte die Pflege eines Angehörigen oder die notwendige Betreuung von Kindern als Hinderungsgrund.

In diesem Zusammenhang überrascht es, dass 43 Prozent der Bürgergeldempfänger*innen angaben, sie hätten bisher noch kein einziges Stellenangebot erhalten. Die Bertelsmann Stiftung sieht daher die Jobcenter in der dringenden Pflicht, Menschen besser in für sie jeweils passende Arbeit zu bringen. *jos/dpa*



Foto: JackF/Adobe Stock

Nicht jede*r Erwerbsfähige ist auch wirklich in der Lage, sich einen Job zu suchen.

SoVD veröffentlicht Ungerechtigkeiten

Der SoVD in Niedersachsen hat sein aktuelles „Schwarzbuch sozial“ mit den größten Ungerechtigkeiten aus seinem Beratungsalltag vorgestellt: Da weigert sich ein Landkreis, die Kosten für ein behindertengerechtes Fahrzeug für eine Frau im Elektro-Rolli zu übernehmen, weil sie ja auch mit Bus und Bahn fahren könne. Da lehnt es die Deutsche Rentenversicherung ab, eine Erwerbsminderungsrente zu zahlen, obwohl der Betroffene schwer krank und arbeitsunfähig ist. Da droht eine Frau trotz guter Rente in die Sozialhilfe abzurutschen, weil die Pflegeheimkosten so hoch sind. Vielen dieser Fälle liegen ungerechte Gesetze, wirtschaftliche Erwägungen und oft auch mangelndes Fingerspitzengefühl zugrunde. Deshalb stellt der SoVD ganz konkrete Forderungen an Behörden, Ämter und die Politik.

Die mehr als 20 Fälle im neuen „Schwarzbuch sozial“ des SoVD in Niedersachsen zeigen sehr eindrücklich: Recht haben und Recht bekommen sind leider sehr oft zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Gerade Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige und Erkrankte, die nicht mehr arbeiten können, sind von falschen und ungerechten Entscheidungen der Ämter, Behörden, Kranken- und Pflegekassen betroffen. „Viele Menschen fühlen sich in ihrem Kampf allein gelassen und kommen zu uns. Unsere Erfahrung zeigt: Die Zahl derjenigen, die nicht mehr weiterwissen und überfordert sind, nimmt zu. Im vergangenen Jahr haben wir für unsere Mitglieder über 50.000 Verfahren geführt. Seit 2022 ist diese Zahl kontinuierlich um 25 Prozent gestiegen“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Die Fälle aus dem aktuellen Schwarzbuch seien dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Pflegebedürftige und Kranke oft benachteiligt

Besonders Menschen mit Behinderungen sind laut SoVD massiv von Benachteiligungen betroffen – etwa, wenn es um einen Grad der Behinderung oder sogenannte Merkzeichen geht. „Allein in diesen Bereichen sind unsere Verfahrenszahlen im zurückliegenden Jahr um drei Prozent gestiegen“, so Swinke und ergänzt: „Wenn wir Widerspruch für unsere Mitglieder einlegen, ist fast ein Viertel davon erfolgreich. Das heißt: Fast jede vierte Entscheidung zu einem Antrag, die vom Landesamt für Soziales getroffen wird, ist falsch.“ Dabei werde vor allem ein Problem besonders deutlich: Die persönliche Situation der Betroffenen werde nicht richtig erkannt, weil eine Begutachtung nur nach Aktenlage erfolge. „Wir appellieren ganz klar an die Behörden, Pflege- und Krankenkassen, individuelle Bedürfnisse besser im Blick zu haben und nicht darauf zu spekulieren, dass Menschen sich mit einem ablehnenden Bescheid zufriedengeben“, fasst Swinke zusammen.

Ähnliche Probleme sieht Niedersachsen größter Sozialverband auch bei den Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können und eine Erwerbsminderungsrente

beantragen müssen. „Die Betroffenen brauchen dann unsere Unterstützung, weil ihnen oft unterstellt wird, nicht krank genug zu sein. Viele Fälle ziehen sich dann lange hin, was unsere Mitglieder nicht nur müde macht, sondern oft auch in finanzielle Schwierigkeiten bringt“, kritisiert der niedersächsische SoVD-Chef.

Selbst bei guter Rente: Eigenanteil nicht bezahlbar

Im aktuellen „Schwarzbuch sozial“ sind auch die hohen Eigenanteile, die Pflegebedürftige für ihren Platz im Pflegeheim zahlen müssen, ein großes Thema. „Es kann nicht sein, dass eine Seniorin mit einer sehr guten Rente kurz davorsteht, Hilfe zur Pflege beziehungsweise Sozialhilfe beantragen zu müssen, weil sie die Kosten nicht mehr stemmen kann“, bemängelt Katharina Lorenz, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen. Grund für eine solche Situation seien häufig die gestiegenen Investitionskosten der Einrichtungen. „Das Absurde und Ungerechte ist, dass Selbstzahler*innen meistens höhere Investitionskosten zahlen müssen als Behörden, die die Beträge im Rahmen der Hilfe zur Pflege übernehmen“, so Lorenz weiter. Doch dafür gebe es eine Lösung: „Das Land Niedersachsen muss wieder die Investitionskosten zahlen. Dadurch würden Pflegebedürftige um durchschnittlich 500 Euro im Monat entlastet.“ Dass das Geld dafür nicht da sei, stimme nicht. „Momentan zahlt nicht das Land, sondern die Kommunen müssen immer mehr Hilfe zur Pflege übernehmen. Es würde sich einfach nur der Finanzierungstopf ändern“, sagt die Abteilungsleiterin. Das Problem müsse jetzt endlich angegangen werden.

„Schwarzbuch sozial“ lesen

Der SoVD in Niedersachsen vertritt die Interessen von rund 295.000 Menschen in den Bereichen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld und Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht. Und das mit Erfolg: Im vergangenen Jahr hat er rund 57,5 Millionen Euro an einmaligen Nachzahlungen für seine Mitglieder erstritten.

Das komplette „Schwarzbuch sozial“ ist unter <https://tinyurl.com/bddrc2tw> abrufbar.



Fotos (3): Elin Schweiger

Dirk Swinke und Katharina Lorenz (rechts) vom SoVD in Niedersachsen präsentieren das „Schwarzbuch sozial“ bei der Landespressekonferenz im Niedersächsischen Landtag.



Im seinem „Schwarzbuch sozial“ schildert der SoVD in diesem Jahr 23 besonders ungerechte Fälle aus seiner Beratung – mit schlimmen Konsequenzen.



Nach der Pressekonferenz standen Dirk Swinke und Katharina Lorenz für Interviews zur Verfügung. Swinke sprach unter anderem mit dem NDR und dem Deutschlandfunk. Das Interesse der Medienvertreter*innen war groß, und sehr viele Rundfunk-, Print- und Onlinemedien berichteten über die Publikation des SoVD.



Foto: cenchild/Adobe Stock

Die Berufsgenossenschaft erkennt die Covid-Erkrankung einer jungen Frau als Arbeitsunfall an. Trotzdem weigert sie sich sogar nach einem Gerichtsurteil noch, ein Verletztengeld und Zuzahlungen für Behandlungen gegen Long Covid zu leisten.



Foto: Dr. Heinrich Schepers

Bislang muss Sylvia Kerkhoff beim Einsteigen in den alten Pkw der Familie auf die Hilfe ihres Mannes zurückgreifen, der auch den schweren Elektrorollstuhl in den Kofferraum heben muss. Selbstständigkeit sieht anders aus. Doch als die Emsbürenerin beim Landkreis Emsland einen Antrag auf Kostenübernahme für ein behindertengerechtes ausgestattetes Fahrzeug stellt, wird dieser abgelehnt. Nun geht Kerkhoff mit Unterstützung des SoVD rechtlich gegen die Entscheidung vor.

Babys und Kleinkinder im Fahrradanhänger und Kinderwagen warm einpacken

Babys unterkühlen schneller

Draußen ist es bitterkalt. Beim Winterspaziergang mit Baby sollten Eltern jetzt darauf achten, dass ihr Kind im Kinderwagen warm eingepackt ist, andernfalls droht eine Unterkühlung. Darauf weist die Aktion Das sichere Haus (DSH) Hamburg hin. Die Gefahr besteht auch bei Kleinkindern im Fahrradanhänger.

Schon nach 60 Minuten kann es für Babys selbst bei Plustemperaturen um sechs Grad kritisch werden. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Babyhaut ist zum einen fünfmal dünner als die von Erwachsenen und zum anderen haben Babys wegen des Verhältnisses von Körpervolumen und Körpergröße einen schnelleren Wärmeverlust.

Vielen Eltern ist es zudem häufig nicht bewusst, dass sich ihr Kind im Kinderwagen oder Fahrrad-Kinderanhänger nicht bewegen und auf diese Weise selbst Wärme erzeugen kann.

Tipps für den Winterspaziergang: Bevor es nach draußen geht, sollten Kinder ausreichend trinken. Ihre Wasserreserven im Körper sind geringer als die von Erwachsenen, Kinder verlieren aber ebenso wie die Großen beim Ausatmen Flüssigkeit. Es besteht die



Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

Babys draußen dick einpacken ist im Winter sehr wichtig, denn sie kühlen schneller aus als Erwachsene, selbst bei Plustemperaturen.

Gefahr, dass ihr Blut eindickt, Nase, Ohren, Finger und Zehen schlechter durchblutet werden und erfrieren.

Bei der Kleidung ist ein „Zwiebellook“ aus mehreren dünnen Lagen die richtige Wahl. Klei-

dung und Schuhe sollten nicht zu eng sitzen. Wichtig ist auch: Die Kinder sollten nicht in voller Montur im warmen Auto sitzen. Das Kind kann überwärmen; es besteht das Risiko eines plötzlichen Kindstodes. *Quelle: DSH*

Selbsttest der Alzheimer Forschung Initiative zur Fahrsicherheit im Alter

Sind Sie noch sicher am Steuer?

Nebel, Glätte, Regen, Schnee: Die dunkle Jahreszeit stellt Autofahrer*innen vor besondere Herausforderungen. Gerade für ältere Menschen erhöht sich das Unfallrisiko. Obwohl die meisten viel Erfahrung hinter dem Steuer haben, können im Alter Probleme auftauchen, die durch die Witterungsbedingungen noch verstärkt werden. Hör- und Sehprobleme sowie Bewegungseinschränkungen können zur Gefahr werden. Auch Medikamente und deren Nebenwirkungen oder Demenzerkrankungen wie Alzheimer erschweren das Autofahren oder machen es unmöglich.

Hier sind die Fragen für einen Selbsttest, um herauszufinden, ob noch die volle Fahrtauglichkeit besteht oder es schon bedenkliche Einschränkungen gibt:

- Verlieren Sie beim Fahren manchmal die Orientierung – auch auf vertrauten Strecken?
- Haben Sie Schwierigkeiten, andere Verkehrsteilnehmende, Ampeln oder Verkehrszeichen rechtzeitig zu erkennen?
- Sehen Sie bei Dämmerung oder Dunkelheit deutlich schlechter als am Tag?
- Hören Sie Signale oder Motorengeräusche anderer Fahrzeuge manchmal schlecht oder zu spät?
- Fällt es Ihnen schwer, den Kopf zu drehen und über die Schulter zu blicken?

- Haben Sie Probleme, das Gas-, Kupplungs- oder Bremspedal sicher zu bedienen?
- Werden Sie im dichten Verkehr oder auf unbekanntem Straßen nervös oder überfordert?
- Verzögern sich Ihre Reaktionen in plötzlichen Gefahrensituationen?
- Kam es in letzter Zeit zu kleinen Unfällen oder Beinahekollisionen?
- Fühlen Sie sich beim Fahren manchmal unsicher oder angespannt?
- Werden Sie nach der Einnahme von Medikamenten schläfrig, benommen oder schwindelig?
- Hat sich Ihre körperliche oder geistige Verfassung in den letzten Monaten spürbar verändert?

Wenn eine oder mehrere dieser Fragen mit „Ja“ beantwortet werden, sollten die Probleme medizinisch abgeklärt und die Fahrtauglichkeit überprüft werden. So können mögliche gesundheitliche Probleme frühzeitig erkannt werden und geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Weitere Informationen, zum Beispiel auch Hilfestellungen für Angehörige, sind zu finden in der kostenlosen und aktualisierten Broschüre „Sicher Auto fahren im Alter“, die bei der Alzheimer Forschung Initiative e.V. (AFI) unter Tel.: 0211 / 86 20 660 oder über die Webseite: www.alzheimerforschung.de/sicher-auto-fahren bestellt werden kann.

Quelle: Alzheimer Forschung Initiative e.V.



Editorial

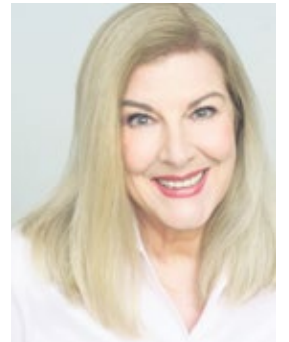
Liebe Mitglieder,

der SoVD-Landesverband Bayern begrüßt zum 1. Januar Heike Sommerauer-Dörzapf mit einem herzlichen Willkommen! Sie ist Landesgeschäftsführerin des SoVD Baden-Württemberg und wird ab sofort den SoVD Bayern unterstützen.

Hierbei wurde vom Bundesverband entschieden, dass jeweils zwei Landesverbände von einer Person, als Landesbeauftragte, hauptamtlich begleitet werden.

Mit Heike Sommerauer-Dörzapf bekommt der Landesverband Bayern eine erfahrene und erfolgreiche Geschäftsführerin. Wir sind sicher, dass der Landesverband Bayern, der schon in den letzten Jahren zahlreiche neue Mitglieder gewinnen konnte, durch diese Verstärkung seine Bekanntheit noch weiter steigern wird.

Wir freuen uns über das Mitwirken und die Unterstützung von Heike Sommerauer-Dörzapf!



Meta Günther

Meta Günther,
1. Landesvorsitzende

Veranstaltungsreihe der EJKA im gesamten Jahr 2025

Feierlicher Abschluss

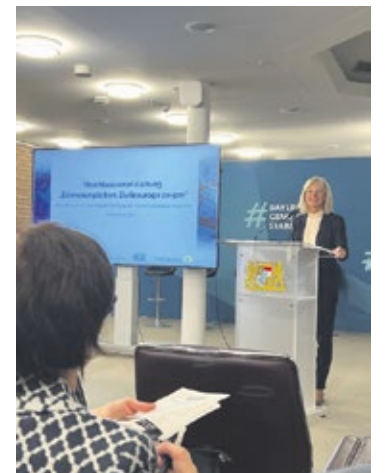
Das Jahr 2025 stand im Zeichen des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz – ein Jahr des Gedenkens, der Verantwortung und der Ermutigung, Haltung zu zeigen. Zu diesem Anlass hatte die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) die Programmreihe „Erinnerung leben – Zivilcourage zeigen“ ins Leben gerufen.

Die Abschlussveranstaltung der Reihe fand am 2. Dezember im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales in München statt. Sie präsentierte die Ergebnisse der Reihe, bot Raum für einen Rückblick und einen Ausblick und setzte ein gemeinsames Zeichen für die Zukunft.

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hatte in Kooperation mit dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) und dem Bayerischen Volkshochschulverband (bbvv) im Laufe des Jahres ein breites Netzwerk aufgebaut, das Erinnerungskultur und Zivilcourage in vielfältigen Formaten lebendig werden ließ. Für Schulen und die Erwachsenenbildung der Volkshochschulen wurde ein reichhaltiges Seminarangebot über die jüdische Kultur erstellt. Immer mit dem Blick zum interreligiösen Dialog, kritischem Denken, auch mit dem Ziel zur Bildung und für Respekt möchte die EJKA dazu beitragen, „Tikkun Olam“, hebräisch für „Reparatur der Welt“, zu verwirklichen – die Welt ein Stück besser zu machen.

Eva Haller, Präsidentin des EJKA e.V., und ihr Team gestalteten mit sehr großem Engagement das Programm des Staatsministeriums „Prävention gegen Extremismus und Desinformation“ mit.

Sozialministerin Ulrike Scharf würdigte in ihrem Grußwort den Einsatz aller an der Veranstaltungsreihe Beteiligten.



Ministerin Ulrike Scharf trug ein Grußwort vor.

Die Verbraucherzentrale Bund gibt Tipps für die Verwendung von gebrauchten Mobilfunktelefonen

Altes Handy? Zeit für ein Comeback!

Mehr als 50 Prozent der Deutschen besitzen ein Smartphone, das höchstens 12 Monate alt ist. 40 Prozent würden ein abgelegtes Gerät für später in eine Schublade legen. Die Verbraucherzentralen rufen dazu auf, Mobiltelefone (aber auch andere elektronische Geräte) länger zu nutzen. Bereits ausrangierte Handys sollten Sie verkaufen, spenden oder ins Recycling geben – und ihnen so zu einem Comeback verhelfen.

Die Einrichtung eines neuen Smartphones ist oft zeitaufwendig und nervenaufreibend. Zudem kostet ein neues Gerät auch einiges an Geld. Wenn man das aktuelle Smartphone länger nutzt, spart man nicht nur Zeit und Nerven, sondern auch wertvolle Ressourcen und klimaschädliches CO². In jedem Smartphone stecken über 50 verschiedene Metalle, die unter Einsatz von umwelt- und gesundheitsschädlichen Chemikalien abgebaut werden. Hinzu kommen die energieintensive Produktion und der oft weite Transport rund um den Globus.

Funktionierendes Handy verschenken oder verkaufen

Das alte Gerät funktioniert noch? Wunderbar! Dann muss es nicht ungenutzt in der Schublade verschwinden. Man kann es zum Beispiel auf Secondhand-Plattformen oder über Kleinanzeigenportale verkaufen. Alternativ kann man das alte Handy an gemeinnützige Organisationen spenden, die es weiterverwenden. Wichtig: Alle gespeicherten Daten und verknüpften Konten löschen und das Gerät auf die Werkseinstellungen zurückzusetzen, bevor man es weitergibt.

Der HandyHelfer von mobil-sicher unter: <https://handy-helfer.de> hilft bei der Entscheidungsfindung. Einfach Marke und Modell eingeben. Infos zum Zustand des Geräts auswählen. Und schon erfährt man, was man mit dem Altgerät tun kann.

Recycling im Wertstoffhof oder Fachhandel

Falls das Gerät nicht mehr funktionsfähig ist, gehört es keinesfalls in den Hausmüll! Dann können die wertvollen und teils seltenen Rohstoffe nicht recycelt und zurückgewonnen werden. Stattdessen sollte man Handys und Smartphones zum Recycling auf einem Wertstoffhof oder im Fachhandel (mit mindestens 400 Quadratmetern Verkaufsfläche für Elektrogeräte) abgeben.

Auch Supermärkte, Discounter und Drogeriemärkte müssen alte Mobiltelefone abnehmen, wenn ihre Verkaufsfläche mindestens 800 Quadratmeter groß ist und sie mehrmals im Jahr Elektro- und Elektronikgeräte anbieten.

Der Online- und Versandhandel ist ab einer Versand- und Lagerfläche von 400 Quadratmeter ebenfalls zur Rücknahme verpflichtet.



Foto: AliciaFdez/Adobe Stock

In Handys sind seltene und auch schädliche Stoffe verarbeitet. Deshalb sollten sie unbedingt fachgerecht entsorgt werden.

Auch Hersteller sollten Verantwortung übernehmen

Aber nicht nur Verbraucher*innen stehen in der Pflicht – auch die Hersteller müssen Verantwortung übernehmen. Jährlich werden in Deutschland rund 20 Millionen neue Smartphones verkauft. Die ständige Einführung verbesserter Funktionen wie längere Akkulaufzeiten, schnellere Prozessoren oder neue Displaytechnologien machen den Umstieg auf ein neues Gerät für viele Menschen attraktiv. Tauschprogramme, bei denen für alte Handys Prämien gezahlt werden, um aktuelle Modelle zu vermarkten, schaffen einen zusätzlichen Konsumdruck. Zudem führt das Auslaufen von Software-Updates dazu,

dass funktionierende Geräte oft vorzeitig ausgetauscht werden. Erst seit diesem Jahr sind Hersteller verpflichtet, für ihre Smartphones mindestens fünf Jahre lang funktionale Updates und Sicherheitsaktualisierungen bereitzustellen.

Informieren über Alternativen zum Neukauf

Defekte Elektrogeräte nachhaltig ersetzen – das ist nicht immer einfach. Dabei gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Welche Alternativen zum Neukauf sich wann für Sie lohnen und was Sie mit alten Geräten machen sollten, erfahren Sie auf der Themenseite der Verbraucherzentrale #neudenkenstattneukaufen.

Quelle: Verbraucherzentrale Bund

Wir gratulieren

Ruth Spengler, langjähriges Mitglied im Ortsverband Ansbach, konnte am 1. Dezember bei guter Gesundheit ihr 90. Lebensjahr vollenden. Der stellvertretende Ortsvorsitzende Peter Guttenberger überbrachte der Jubilarin Glückwünsche und Präsente im Namen der Mitglieder und des Vorstandes.



Peter Guttenberger gratulierte Ruth Spengler.

Glückwünsche



Foto: Ortis/Adobe Stock

Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung, aber er hat keinen Anspruch darauf, dass andere sie teilen.

Manfred Rommel

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 6.1.: Claudia Leigart, Fürth; 13.1.: Karl-Helmut Deiters, Hollfeld.

70 Jahre: 12.1.: Karin Bruhn, Penzberg; 15.1.: Klaus Seifert, Lautertal.

75 Jahre: 20.1.: Jutta Niebler-Schütz, Hohenwarth; 29.1.: Gerhard Hertel, Gilching.

80 Jahre: 21.1.: Peter Guttenberger, Ansbach; 29.1.: Annemarie Weller, Ansbach.

85 Jahre: 20.1.: Heinz Lehn, Bad Tölz; 25.1.: Anna-Rosa Leistner, Neustadt; 27.1.: Inge Schiller, Bad Kissingen; 28.1.: Alois Gruber, Fraunberg.

96 Jahre: 8.1.: Karin Kessel, Michelau.

97 Jahre: 23.1.: Waltraud Flurschütz, Lautertal.

Sozialberatung



Grafik: Paragrafen_Anja/Adobe Stock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691, E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminver-

einbarung, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30 – 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken/Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags – donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Tipps des BIÖG für einen ausgewogenen digitalen Medienkonsum bei Kindern

Der Handysucht vorbeugen

Die Diskussion um ein Handyverbot an Schulen rückt immer wieder in den Fokus: Einige Bundesländer haben klare Regelungen getroffen, andere überlassen es den Schulen selbst, wie sie mit der Handynutzung auf dem Schulgelände umgehen. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) setzt mit seiner Präventionskampagne „Ins Netz gehen“ vor allem auf Aufklärung.

Im Zentrum der Kampagne stehen die Fragen: Wie erkenne ich eine problematische Mediennutzung bei meinem Kind – und was kann ich dagegen tun?

Anzeichen für eine exzessive Handynutzung

Eine zeitweise intensive Beschäftigung mit dem Smartphone führt nicht immer zwingend in eine Abhängigkeit – die Übergänge sind allerdings fließend. Hinweise auf eine beginnende Sucht können sein:

- das ständige Prüfen von Nachrichten ohne Anlass,
- das Kind reagiert gereizt, wenn es keinen Zugang zum Handy hat,
- dauerhafte gedankliche Beschäftigung mit den Lieblingsspielen auf dem Handy oder sozialen Netzwerken,
- erfolglose Versuche, die Mediennutzung zu reduzieren,
- Vernachlässigung der (außer-)schulischen Verpflichtungen und sozialen Kontakte,
- körperliche Begleitsymptome wie Kopf- und Rückenschmerzen oder Schlafmangel,
- Verheimlichung oder Verharmlosung des Nutzungsverhaltens und Folgeprobleme.

Wie können Eltern einer Onlinesucht vorbeugen?

Eltern haben es in der Hand, den Umgang mit dem Smartphone von Anfang an zu begleiten.

- Kinderschutz einrichten: Sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind nicht auf ungeeignete In-



Foto: De Visu / Adobe Stock

Wer nachts am Handy sitzt, ist morgens in der Schule übermüdet.

halte zugreifen kann: www.ins-netz-gehen.de/eltern/handy-tablet/smartphone-kinderschutz-einrichten/#c337

- Klare Regeln festlegen: Vereinbaren Sie feste handyfreie Zeiten, zum Beispiel bei den gemeinsamen Mahlzeiten, bei Besuch oder vor dem Schlafengehen. Tipps: www.ins-netz-gehen.de/eltern/beratung-und-informationen-zur-mediennutzung/zeitlimit-handy/.
- Benachrichtigungen einschränken: Ohne ständiges Aufleuchten oder Klingeln bleibt Ihr Kind innerlich ruhiger.
- Vorbild sein: Halten Sie sich selbst an Absprachen. Tipps: www.ins-netz-gehen.de/eltern/beratung-und-informationen-zur-mediennutzung/mediennutzung-eltern-als-vorbilder-fuer-ihre-kinder/.
- Digitale Auszeiten erklären:

Machen Sie deutlich, warum handyfreie Zeiten wichtig sind und überprüfen Sie regelmäßig, ob Ihr Kind sich daran hält – tut es das nicht, sollten gemeinsam entsprechende Konsequenzen vereinbart werden.

- Freizeit aktiv gestalten: Unternehmungen und Freizeitangebote lenken vom Handy ab.
- Selbsttest anbieten: Falls Ihr Kind sehr häufig am Handy ist, empfehlen Sie den Selbsttest unter www.ins-netz-gehen.de/test-handysucht-computersucht/. Es bekommt eine Auswertung zum persönlichen Nutzungsverhalten und kann bei Bedarf die kostenlose Online-Beratung von „Ins Netz gehen“ nutzen: www.ins-netz-gehen.de/beratung/login-fuer-jugendliche/

Weitere Informationen des BIÖG zum Thema

- www.ins-netz-gehen.de
- www.kindergesundheit-info.de/themen/medien/
- Themendossier „Tipps für einen gesunden Umgang mit digitalen Medien“ unter www.bioeg.de/presse/themendossiers/.

Bestellung der kostenlosen Materialien des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit unter:

Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit, 50819 Köln.

Online-Bestellsystem über: <https://shop.bioeg.de/>.

Per E-Mail an: bestellung@bioeg.de.

Quelle: BIÖG



Foto: triocean / Adobe Stock

Ein Wutanfall bei Wegnahme des Handys ist ein Alarmzeichen.

Ehrenamt als mentale Unterstützung für Erwerbslose

Freiwilliges Engagement schützt vor Ausgrenzung

Mit Daten des Deutschen Freiwilligensurveys 2019 wurde untersucht, in welchem Maße sich Personen im mittleren und späteren Erwerbsalter sozial ausgegrenzt fühlen, wenn sie arbeitslos oder aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind, und ob freiwilliges Engagement dabei helfen kann, dieses Gefühl abzumildern.

Von den 40- bis 65-Jährigen, die erwerbstätig sind, geben 14,5 Prozent an, sich zumindest teilweise von der Gesellschaft ausgeschlossen zu fühlen. Bei arbeitslosen Menschen in dieser Altersgruppe ist der Anteil deutlich höher: 37,7 Prozent. Unter denjenigen, die aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind, fühlen sich 22,2 Prozent sozial ausgegrenzt.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Gefühl sozialer Ausgrenzung ist bei Männern stärker als bei Frauen. Während sich 28,1 Prozent der arbeitslosen Frauen zwischen 40 und 65 Jahren ausgegrenzt fühlen, sind es bei den arbeitslosen Männern dieses Alters 43,5 Prozent.

Durch Ehrenamt mehr Zugehörigkeitsgefühl

Freiwilliges Engagement kann dazu beitragen, das Gefühl sozialer Ausgrenzung zu mindern. Menschen ohne Erwerbsarbeit, die sich freiwillig oder ehrenamtlich einsetzen, fühlen sich deutlich seltener gesellschaftlich ausgeschlossen als jene, die kein Ehrenamt übernehmen. Bei Männern zeigt sich dieser positive Effekt vor allem dann, wenn sie arbeitslos sind; bei Frauen insbesondere dann, wenn sie aus anderen Gründen, etwa aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder familiärer Verpflichtungen, nicht erwerbstätig sind.

Mehr Aufmerksamkeit für Angebote schaffen

Dr. Julia Simonson, kommissarische Leiterin des Deutschen Zentrums für Altersfragen mit dem Forschungsschwerpunkt Freiwilliges Engagement und Partizipation, erläutert die gesellschaftliche Bedeutung der Befunde: „Wenn Menschen sich sozial ausgegrenzt fühlen, kann dies weitreichende Folgen haben: für das eigene Wohlbefinden, aber auch für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch freiwillige Tätigkeiten können dazu beitragen, dass sich Menschen in die Gesellschaft eingebunden fühlen. Um dem Gefühl sozialer Ausgrenzung von Menschen im mittleren und höheren Erwerbsalter vorzubeugen, sind zuallererst Anstrengungen zu unternehmen, die Erwerbsbeteiligung zu fördern – dies kommt neben der sozialen Einbindung schließlich auch der finanziellen Absicherung und der Altersvorsorge zugute. Aber auch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement spielt eine wichtige Rolle. Damit mehr Menschen davon profitieren können, sollte der Zugang zu solchen Tätigkeiten erleichtert werden – zum Beispiel durch weniger Bürokratie, mehr Anerkennung und Sichtbarkeit sowie durch Angebote, die gezielt sozial benachteiligte Gruppen ansprechen.“

Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen



Foto: Zoran Zeremsk / Adobe Stock

Beim Ehrenamt kommt man mit anderen Menschen in Kontakt.

ADFC fordert Radwege mit Sicherheitsabstand zu parkenden Autos, um Dooring-Unfälle zu verhindern

Türwarnsysteme sind nur ein Baustein

Laut Medienberichten sollen Autohersteller zu Türwarnsystemen zum Schutz von Radfahrenden verpflichtet werden, um sogenannte Dooring-Unfälle zu verhindern, bei denen Radfahrende von einer sich öffnenden Autotür getroffen werden.

ADFC-Bundesgeschäftsführerin Dr. Caroline Lodemann sagt: „Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Sicherheit von Radfahrenden verbessern will. Denn tödliche Fahrradunfälle haben in den letzten zehn Jahren zugenommen – vor allem durch schlechte Aufteilung und Gestaltung von Straßen. Moderne Fahrzeugtechnik kann helfen, menschliches Fehlverhalten im Straßenverkehr zu kompensieren.“

Beim Thema Dooring muss man aber genauer hinschauen: Wenn eine Person auf dem Rad durch eine unvorsichtig geöff-

nete Autotür stürzt, fehlt dort ein sicherer Radweg. Hier muss das Augenmerk sein: Gute Radwege müssen mit ausreichend Sicherheitsabstand zu parkenden Autos angelegt werden. Diese sogenannte ‚Dooring-Zone‘ stellt sicher, dass man auf dem Rad gar nicht erst durch die gefährliche Türzone fahren muss.“

Dooring in Großstädten unter Hauptunfallursachen

Jedes Jahr sterben über 400 Radfahrer*innen im Straßenverkehr, über 90.000 werden teils schwer verletzt. Hauptun-

fallgegner ist das Auto. Schwerpunkt des Unfallgeschehens sind Kollisionen an schlecht gestalteten Kreuzungen und Einmündungen.

Dooring-Unfälle werden in der bundesweiten Unfallstatistik nicht gesondert erfasst. Aufschluss geben aber regionale Statistiken: In Berlin steht das „verkehrsrechtliche Verhalten beim Ein- und Aussteigen“ mit 435 Unfällen an dritter Stelle unter den Hauptunfallursachen gegenüber Radfahrenden. Köln zählte 2024 insgesamt 120 Dooring-Unfälle. Die Unfallforschung der Versicherer fand heraus, dass fast jeder fünfte Fahrradunfall im Zusammenhang mit parkenden Autos steht. Dooring ist ein relevantes Sicherheitsproblem, das Infrastruktur, Verhalten und Technik gemeinsam adressieren müssen.

Sichere Radwege, Dutch Reach und Fahrzeugtechnik

Der ADFC weist seit Langem auf Gefahren durch veraltete und unsichere Radinfrastruktur hin. Lodemann: „Sicheren Radverkehr gibt es nur auf guten Radwegen – doch der Ausbau der Radwegenetze kommt viel zu langsam voran.“ Kürzungen in den Etats für den Radwege-



Foto: Kzenon/Adobe Stock

Ein ungebremster Aufprall auf eine Autotür, die sich gerade öffnet, hat schon zu Todesfällen geführt.

bau verschärfen das Defizit.

Zur Verhinderung von Dooring-Unfällen kann außerdem der „Dutch Reach“ helfen. In den Niederlanden ist es gelebte Praxis, die Autotür mit der von der Tür abgewandten Hand zu öffnen. Dabei dreht der Oberkörper automatisch nach hinten zum Schulterblick und erleichtert das sichere Türöffnen.

Fahrassistenzsysteme sind ein weiterer wichtiger Baustein zur Vermeidung von Dooring-Unfällen, so der ADFC.

Rolle der Fahrzeugtechnik zur Unfallverhütung

Die jetzt diskutierte verpflichtende Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit Türwarnern und einem automatischem

Notstoppsystem hält der ADFC in Ergänzung zu besseren Radwegen für sinnvoll. Diese Systeme erkennen herannahende Radfahrende, warnen akustisch und können im Ernstfall die Tür kurzzeitig blockieren. Lodemann: „Wichtig ist, dass diese Systeme sowohl auf der Fahrer*inseite- als auch auf der Beifahrer*inseite eingesetzt werden. Denn Radwege verlaufen oft rechts von Kfz-Parkplätzen. Oft fehlen Radwege aber auch – und der Radverkehr wird links an parkenden Autos vorbeigeführt. Die Bundesregierung sollte Türwarnsysteme vorschreiben und gleichzeitig den Ausbau sicherer Radwege deutlich beschleunigen.“

Quelle: ADFC



Foto: Attasit/Adobe Stock

Wenn die Wege für Rad- und Autofahrende voneinander getrennt angelegt werden, ist es für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicherer.

Glückwünsche

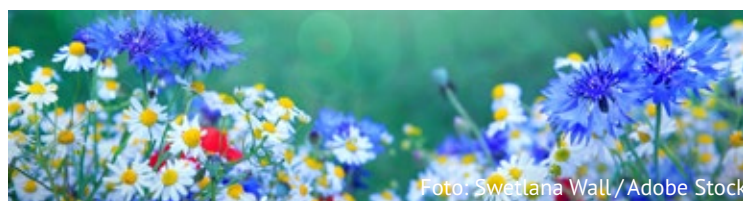


Foto: Svetlana Wall/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 7.1.: Oliver Bartels, Neunkirchen; 8.1.: Helmut Dersch, Münchhausen; 29.1.: Heike Tögel-Hartmann, Kelkheim.

65 Jahre: 2.1.: Rüdiger John, Wiesbaden; 14.1.: Edeltraud Drubenschulte, Diemelsee; 29.1.: Herbert Bleich, Hallenberg; 30.1.: Regina Althaus, Wetter.

70 Jahre: 19.1.: Brigitte Dittmann, Frankfurt; 24.1.: Axel Michael Friedrich Friehoff, Lahntal; 30.1.: Elke Ujec, Wetter.

75 Jahre: 14.1.: Helmut Muth, Marburg.

80 Jahre: 21.1.: Gerda Kremer, Petersberg; 26.1.: Tamar Albert, Seeheim-Jugenheim; 27.1.: Bärbel Mende, Bucholz.

85 Jahre: 1.1.: Waltraut Goergens, Marburg; 6.1.: Rosemarie Lewandowski, Bad Karlshafen.

90 Jahre: 2.1.: Wilhelm Haubfleisch, Münchhausen.

91 Jahre: 16.1.: Ingrid Jung-Mendling, Rüsselsheim am Main.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Sprechstunden und Sozialberatung

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Wir bitten Sie, sich bezüglich eines Beratungstermins telefonisch an folgende Telefonnummer zu wenden: **0611 / 85 108**. Zu erreichen ist unser Mitgliederservicetelefon zu folgenden Zeiten: **montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr**.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landes-

geschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Calden

Kontakt über Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67, oder per

E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Korbach

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Vernawahlshausen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Preisverleihung der Karl-Nix-Stiftung: Anerkennung für zwei besondere Absolventen

Einkommen von Ehepartner*in ist ebenfalls relevant

Tolle Leistung im Nordic CAMPUS

Feierlich fand im Bremer Goetheater im November die 38. Preisverleihung der Karl-Nix-Stiftung statt. Diese ehrt jedes Jahr herausragende Schüler*innen aus Bremen für ihre Abschlüsse; Abiturient*innen sowie Auszubildende. Den Besten winkt ein Preisgeld. Zu den Preisträger*innen gehörten diesmal zwei Absolventen des Nordic CAMPUS, des SoVD-eigenen Berufsbildungswerkes.

Marvin Meyer, Fachpraktiker im Verkauf, und Wian Kheder, Fachpraktiker im Büromanagement, schlossen beide ihre Ausbildung mit Bestleistungen ab. Sie können mit Recht stolz auf ihre Ergebnisse sein.

Für Wian Kheder hat der Abschluss eine besondere Bedeutung. Sein Weg dorthin war mit Herausforderungen verbunden, die nicht selbstverständlich zu bewältigen waren. „Der Nordic CAMPUS hat mich in meinen Hindernissen unterstützt – er hat mir diesen Abschluss möglich gemacht“, sagt Wian rückblickend. Eine wichtige Rolle dabei spielte Jutta Heins, die ihn als Assistentin begleitete. Sie

unterstützte gezielt, wo es nötig war, und ließ den Raum, den Wian zur Entwicklung brauchte. Sie freut sich sehr über seinen Erfolg – mit etwas Wehmut, da Wian nun seine nächste Station antritt: einen Arbeitsplatz im Kinderhospiz Löwenherz.

Auch Marvin Meyer richtet seinen Blick nach vorn. Nach seinem erfolgreichen Abschluss entschied er sich, die Vollausbildung zum Verkäufer am Nordic CAMPUS fortzuführen. Damit setzt er konsequent auf seine berufliche Weiterentwicklung.

Der Nordic CAMPUS gratuliert herzlich und wünscht den beiden Preisträgern alles Gute für ihren weiteren Weg. Ihre

Leistungen zeigen, wie viel möglich ist, wenn Engagement, Unterstützung und persönlicher Einsatz zusammenkommen.



Seit über 40 Jahren ist das Berufsbildungswerk Bremen, heute „Nordic CAMPUS – das SoVD-Berufsbildungswerk im Nordwesten“, renommiert für die Ausbildung und vorberufliche Förderung junger Menschen mit Beeinträchtigungen. Über 5.000 führte es zum anerkannten Berufsabschluss. Derzeit bildet es rund 600 in über 30 Berufen aus.

Grundrente bei Paaren: Heirat wirkt sich aus

Wer lange gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt und dann nur eine unterdurchschnittliche Rente hat, kann seit 2021 einen Grundrentenzuschlag erhalten. Eher unbekannt ist, dass das bei Verheirateten auch vom Einkommen ihrer Partner*innen abhängt.

Anspruch auf eine Aufstockung der Rente kann haben, wer mindestens 33 Jahre – für den vollen Zuschlag 35 Jahre – Grundrentenzeiten gesammelt hat, mit Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung (Minijobs etwa zählen nicht); und wer zwar mindestens 30 Prozent, aber weniger als 80 Prozent vom Durchschnitt verdiente.

Verschiedene Freibeträge

Dabei gibt es keine klassische Bedürftigkeitsprüfung, wie bei der Grundsicherung. Vermögen bleibt unberücksichtigt. Aber steuerpflichtiges Einkommen oberhalb einer Grenze rechnet die Rentenkasse an. Grundlage ist stets das Vorvorjahr; für 2025 ist dann der Freibetrag bei Singles 1.437 Euro im Monat, darüber zählen 60 Prozent, über 1.839 Euro alles davon.

Zu beachten ist: Ehepaare und eingetragene Partnerschaften werden zusammen veranlagt (gemeinsamer Freibetrag 2025: 2.243 Euro) – unverheiratete Paare hingegen nicht.

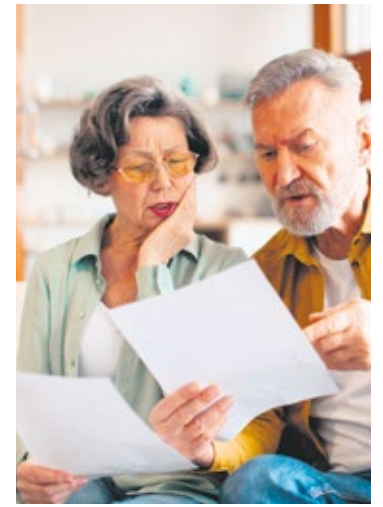


Foto: Home-stock/Adobe Stock
Reichen die Einkünfte für zwei, verhindert Ehe die Grundrente.

Urteil bestätigt Ungleichbehandlung

Die Regelung ist so gewollt, bestätigte das Bundessozialgericht Ende November in einem Urteil (Az.: B 5 R 9/24 R). Erfolglos geklagt hatte eine Rentnerin, die trotz 43 Jahren Grundrentenzeiten ihren Zuschlag zur Rente – hier 40 Euro – nicht bekam, weil ihr Gatte genug Einkünfte hatte. Das Gericht führte aus, Sachgründe rechtfertigten die Ungleichbehandlung. Denn die Grundrente finanziere der Staat aus Steuern, nicht die Rentenversicherung aus Beiträgen. Und Eheleute hätten eine gesteigerte bürgerlich-rechtliche Unterhaltspflicht füreinander. Der soziale Ausgleich aus Bundesmitteln „sollte nicht den Haushalten mit Einkommen zugutekommen, die seiner wirtschaftlich nicht bedürfen.“ *ele*



Preisträger Marvin Meyer (Mitte) mit der Urkunde.



Wian Kheder (3. v. re.) bei der feierlichen Verleihung der Preise. Beide Absolventen können stolz auf ihre Leistungen sein.

Fotos: Christina Kuhaupt

Anzeigen

Bayerischer Wald

Denken Sie JETZT an Ihre Vereinsausflug 2026! Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt. **340,-**

URLAUBSHOTEL **Binder**
Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6
94124 Büchberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
www.HotelBinder.de

Rhein / Mosel

56814 BRUTTIG-FANKEL bei Cochem an der Mosel

WINZER-HOTEL **Rebstock**

Moselstraße 12 • Tel. 02671 - 4451
rebstock@christiani-ostermann.de
www.christiani-ostermann.de

- Zimmer mit Du/WC/TV/Safe/WLAN
- Terrasse mit Moselblick
- moselländische Küche/Frühstücksbuffet
- Weinproben im Weinkeller
- stimmungsvolle Tanzabende
- bewährt für Reisegruppen
- Individ. Gruppenprogramme

Nord-/ Ostsee

BÜSUM *** FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV usw. ☎ 0174/6 11 3066

Ostsee-Fewos von privat 2-4 Personen
www.ostsee-rerik-ruegen-zingst.de

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos, Dachterr., Badesee, Hauspr.
☎ 04835/1300, landhausamgrashof.de

Polnische Ostsee

2026 wird Ihr Jahr! Gönnen Sie sich eine Kur

Speziell für den SoVD mit Haustürabholung PLZ 0-5

Neu Mai und Oktober 2026 15 Tg. Kur in Marienbad

14Tg Kurreisen in Polen nach Swinemünde, Misdroy, Kolberg, Henkenhagen oder Dzwirzyno. Haustürabh. Ü/F/HP/ 20 Awend. ab **699,-**

14 Tage Kombi- Reise Mai oder Oktober 2026
1 Woche Masuren mit Ausflüge und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.P. im DZ **1.299,-**

Geomedie Tours-49685 Emstek Justus-von-Liebig-Str. 2 04473-487 97 60 Katalog anfordern

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 67€

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de landhotel@spessartruh.de

staatl. aner. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zl. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

BÜSUM: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick.
☎ 04834-9204, www.deichtraeume.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage
2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen,
5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- €
☎ 04834/2611 • www.haus-corinna.de

Gesucht & Gefunden

Südl. Nordsee, Elbmündung, Cuxhaven, Altersruhesitz (Treppenlift vorh.) oder Familienidyll (Reihenhausgarten), Reihemittelhaus, Bj.1972, Wohnfl. 100qm, Grünstrand/Hafen 1km, Sandstrand 2km, Nähe Einkaufs-Sozialeinrichtungen, 229.500€, ☎ 04721/36795, 0162/7460160

Schwarzwald

Nordschwarzwald, Fewo, 65qm, EG, Süderasse, WLAN, Imkerei, T. 07235/7289, www.bee-inn.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 05222/15217 | fewobadsalzuflen@gmail.com

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur

Ansprechpartner
Agentur Neun GmbH
Vanessa Kunz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/ 53 90-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers, ab 35,-€/Tag ☎ 05524/1630

Tipp für Kinder

TKKG Junior – Alarm im Aquarium

Gaby hat sich den Arm verstaucht und Tim ist leider nicht ganz unschuldig daran. Zur Wiedergutmachung lädt Tim seine Freunde und natürlich auch Oskar zur Jubiläumsfeier in den größten Aquazoo des Landes ein. In dem spektakulären Aquarium gibt es die spannendsten, coolsten und interessantesten Meeresbewohner zu bestaunen, die die Unterwasserwelt zu bieten hat. Die Stimmung ist auf dem Höhepunkt, bis Klößchen plötzlich einen bedrohlichen Riss in einem der riesigen, gläsernen Becken voller seltener Fische entdeckt. Das Aquarium droht zu platzen und eine Katastrophe steht kurz bevor! Können TKKG die Gefahr noch abwenden?



TKKG Junior (40): Alarm im Aquarium. EUROPA, 1 CD, ab sechs Jahren, ISBN: 978-3-8032-6351-3, 7,99 Euro.

Möchtest du die CD von TKKG Junior gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff: „Alarm im Aquarium“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Rolands Rätselecke

Irrwege tief unter Wasser

Der kleine Clownfisch unten links möchte gerne seinen Freund besuchen. Doch er hat Angst, sich dabei zu verlaufen, Entschuldigung: „verschwimmen“. Kannst du ihm dabei helfen, den richtigen Weg zu finden? Die entsprechende Zahl ist die von uns gesuchte Lösung.

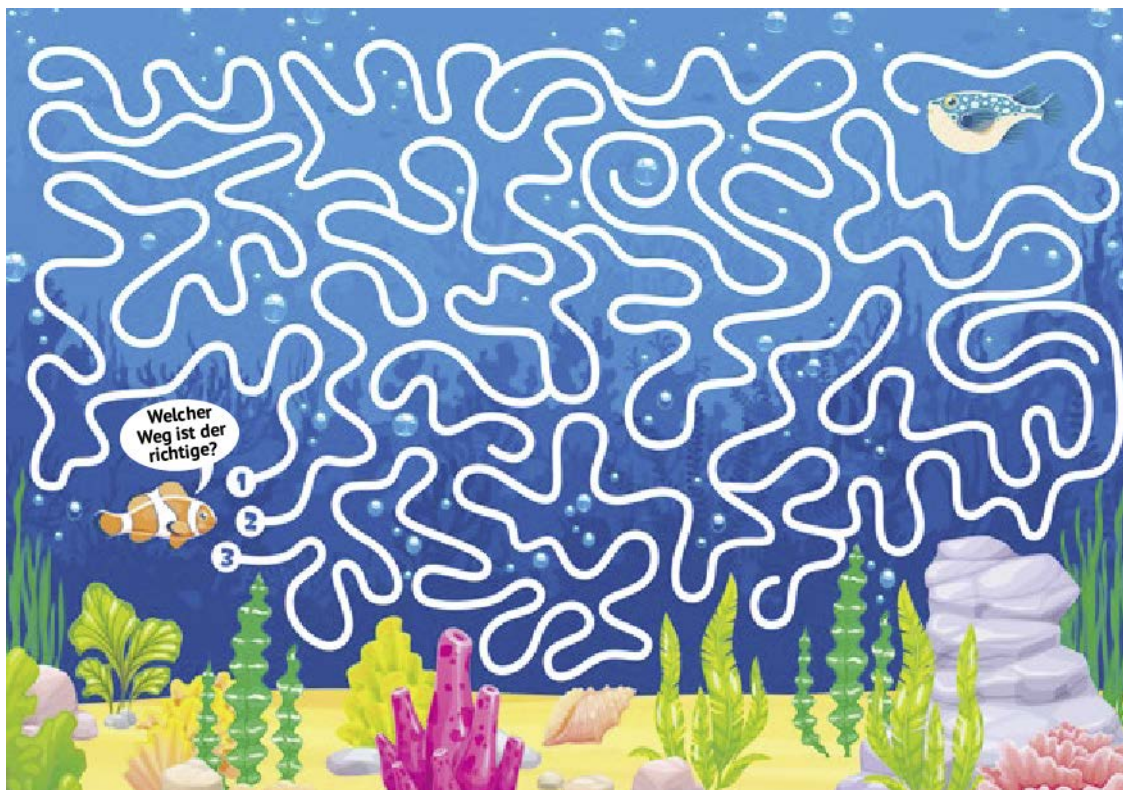


Foto: Vector Tradition / Adobe Stock

Fröhliche Fehlersuche

Einmal quer durchs All

Schwerelos gleitet dieser Astronaut von Planet zu Planet. Findest du mit ähnlicher Leichtigkeit die zehn Unterschiede auf dem unteren Bild? Ansonsten schau dir die Lösung auf Seite 18 an!



Grafik: Vector Tradition / Adobe Stock



Voll durchgeblickt

Leben ohne eigenes Zuhause

In Deutschland haben immer mehr Menschen keine eigene Unterkunft. Ihre Zahl stieg zuletzt auf über eine Million – sie gelten als wohnungslos. Ein Viertel der Betroffenen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie kommen in der Regel zusammen mit ihren Eltern in Notunterkünften oder anderen Einrichtungen unter. Trotzdem leben nach Angaben des Kinderschutzbundes weiterhin rund 2.000 Minderjährige vollständig auf der Straße.

Bundesweit fehlen mehrere hunderttausend Wohnungen. Dementsprechend hoch ist die Nachfrage. Das wiederum hat gerade in großen Städten zu immer höheren Mieten geführt. Das wird vor allem für Menschen mit einem geringen Einkommen zu einem immer größeren Problem.

Eine Ursache für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist die seit Jahren sinkende Zahl an Sozialwohnungen. Deren Bestand hat sich allein in 15 Jahren halbiert. Verantwortlich hierfür war zum einen der Verkauf sozial gebundenen Wohnraums durch Bund, Länder und Kommunen. Zum anderen investierte die öffentliche Hand auch zu wenig in den Neubau von Mietwohnungen.

Deutlich zu spüren bekommen die Krise unter anderem viele Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Deren Bedarf findet nach Ansicht des Kinderschutzbundes zu wenig Beachtung. Die Organisation warnt davor, dass ein



Foto: pressmaster / Adobe Stock

Wenn Kinder in einer Notunterkunft leben, schränkt sie das in der Schule ein und erschwert ihnen den Kontakt zu Gleichaltrigen.

Leben in Notunterkünften von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließe: Kinder bräuchten ein Zuhause, um gesund aufzuwachsen, Freundschaften zu pflegen und in der Schule anzukommen.

Für bezahlbaren Wohnraum setzt sich auch der SoVD ein. Die Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Michaela Engelmei-

er, regte zuletzt ein Programm des Bundes für gemeinwohlorientiertes und staatliches Bauen an. Damit, so Engelmeier, könnten auch die dringend benötigten Sozialwohnungen geschaffen werden. Denn langfristig zumindest fielen bei staatlichen Gesellschaften oder Genossenschaften in der Regel niedrigere Mieten an.

Josefine Preuß kümmert sich in der ZDF-Reihe „Dr. Nice“ um das Kind ihres Chefs

Stiefmutter „für Anfänger“

Sie liebt die Bühne und spielte schon als Kind Theater. Ihren Durchbruch im Fernsehen hatte sie mit der Comedy-Serie „Türkisch für Anfänger“. Im ZDF-Herzkino kann man sie als Arzthelferin sehen, die sich quasi nebenbei als Pflegemutter betätigt. Am 13. Januar wird Josefine Preuß 40 Jahre alt.

Die gebürtige Brandenburgerin hat eine Vorliebe für lange Spaziergänge im Wald und für Fußball. Hin und wieder feuert Josefine Preuß ihren Lieblingsverein 1. FC Union Berlin sogar im Stadion an.

Der Erfolg von „Türkisch für Anfänger“ kam für Preuß damals überraschend. Vielleicht traf die humorvolle Darstellung des Lebens einer deutsch-türkischen Patchworkfamilie aber auch einfach den multikulturellen Nerv der Zeit. Inzwischen ist die Serie in schwedischen Schulen sogar Teil des Deutschunterrichts.



Foto: Rudolf Wernicke / ZDF

Von der Arztserie „Dr. Nice“ mit Josefine Preuß gibt es dieses Jahr neue Folgen, ältere sind derzeit in der ZDF-Mediathek verfügbar.

Eine Werbe-Kampagne („Supergeil“) machte Friedrich Liechtenstein berühmt

Vom Puppenspieler zum Popstar

Der gelernte Puppenspieler und Schauspieler war zunächst an diversen Berliner Theatern aktiv. Als Conférencier trat er dann in Clubs mit elektronischer Musik auf, bis er für die Edeka-Supermarktkette zur Werbe-Ikone wurde. Am 2. Januar wird der Allround-Künstler Friedrich Liechtenstein 70 Jahre alt.

Als Hans-Holger Friedrich kam er im brandenburgischen Stalinstadt, heute Eisenhüttenstadt, zur Welt. Auf der Theaterbühne setzte er dann in den 1990er-Jahren einige originelle Projekte um, etwa einen „Tanztee für den Frieden“.

Wenn Liechtenstein heute auch sein Image als Salonlöwe pflegt, so wäre er doch am liebsten Algenforscher geworden. Denn diese Organismen, so der Unterhalter, lieferten Antworten auf aktuelle Probleme wie Trinkwasser oder Energie. Algen sind halt irgendwie „supergeil“.



Foto: Jens Kalaene / picture-alliance

Schauspieler Friedrich Liechtenstein wurde mit seiner Kunstfigur über Youtube sogar international bekannt.

Beim Besuch im NDR-Studio sorgte sich Moderatorin Judith Rakers zu Unrecht

„Sie dürfen hier nicht rein!“

Ihren Job als Sprecherin bei der „Tagesschau“ gab sie auf, um sich stattdessen dem Anbau von Obst und Gemüse widmen zu können. Trotzdem empfing man sie dort vor Kurzem mit offenen Armen. Am 6. Januar feiert die Journalistin und Buchautorin Judith Rakers ihren 50. Geburtstag.

Seit Langem schon ist Judith Rakers eine leidenschaftliche Gärtnerin. In der Nähe von Hamburg bewirtschaftete sie einen Bauernhof. Erst vor wenigen Monaten aber zog es die bodenständige Norddeutsche auf ihre Lieblingsinsel Rügen. Dort betreibt sie eine kleine Farm, auf der sie Hühner hält sowie Obst und Gemüse anbaut.

Erfolg hat die ehemalige Nachrichtensprecherin zudem auch als Schriftstellerin: Ihr Buch „Homefarming – Selbstversorgung ohne grünen Dämonen“ wurde zum Bestseller.



Foto: Matthias Hornung / Radio Bremen

So ganz kehrte Judith Rakers dem Fernsehen nicht den Rücken: Mit Giovanni di Lorenzo moderiert sie weiterhin die Talkshow „3 nach 9“.



Buchtipps

Goodbye, Amerika?

Ein Präsident, der offen die Verfassung angreift und das transatlantische Bündnis in die Krise stürzt: Schon im ersten Jahr von Donald Trumps zweiter Amtszeit ist klar, dass der Rest der Welt diese nicht einfach unbeschadet aussitzen kann. Vielmehr zwingt uns Trump die grundlegende Frage auf, ob wir uns von Amerika verabschieden müssen.

Rieke Havertz lädt uns ein in ihr Amerika – auf eine persönliche Reise durch Erinnerungen, Ambivalenzen und ein sich veränderndes Land, das uns doch alle betrifft. Getrieben wird sie von der Hoffnung, dieses streitbare, entnervende, wunderbare, aufregende Land nicht aufgeben zu müssen.

Rieke Havertz: *Goodbye, Amerika? Die USA und wir – eine Neuvermessung.* Aufbau, 304 Seiten, ISBN: 978-3-351-04265-3, 22 Euro.



Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Goodbye, Amerika?“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.



Denksport

Zahlen-Pyramide

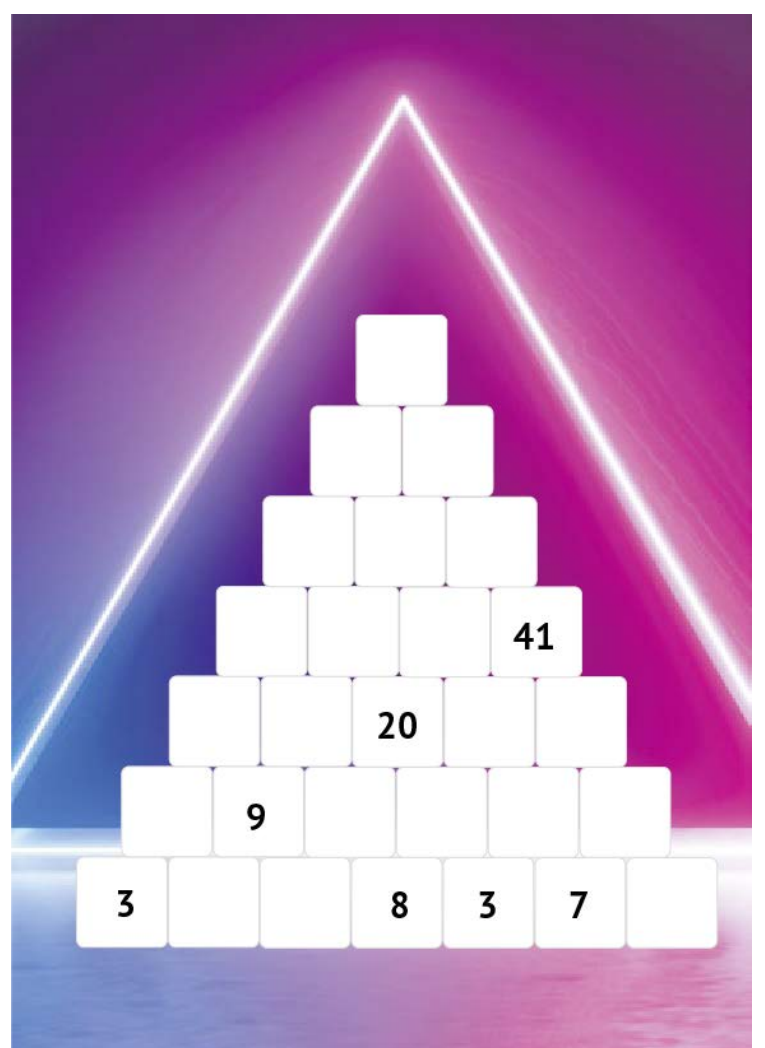


Foto: wacomka / Adobe Stock

Genau genommen besteht der Denksport dieses Mal aus vielen kleinen Rechenaufgaben. Um diese lösen zu können, müssen Sie zunächst die leeren Stellen in den weißen Quadern ausfüllen. Hierbei ergibt sich jede Zahl aus der Summe der beiden darunterliegenden Zahlen. Im Bild unten rechts lautet die Rechenaufgabe also 3 + 7. Die Auflösung finden Sie wie immer auf Seite 18.

Buchtip

Cum/Ex, Milliarden und Moral

Anne Brorhilker kennt das komplexe Verhältnis zwischen Wirtschaftskriminalität und Justiz wie keine andere. Jahrelang leitete sie als Oberstaatsanwältin die Cum/Ex-Ermittlungen. In diesem Buch schildert sie erstmals ihre Erfahrungen mit der Elite der Finanzwelt und entlarvt die dort vorherrschende Selbstgefälligkeit. Sie versucht zu klären, warum sich der Staat so schwer tut, die Milliardensummen an Steuergeldern zurückzufordern.

Inzwischen hat Anne Brorhilker den Staatsdienst quittiert und sorgt als Teil der Zivilgesellschaft für Aufklärung. Sie ist überzeugt: Der Kampf für Gemeinwohl und Gerechtigkeit geht uns alle an! Ein Euro vom Verkaufspreis ihres Buches geht daher an die Bürgerbewegung Finanzwende e.V.



Anne Brorhilker, Traudl Bünger: Cum/Ex, Milliarden und Moral. Heyne, 272 Seiten, ISBN: 978-3-453-21911-3, 24 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Cum/Ex“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Variante: LEICHT

		1	5	8				2
2	○		9	3				6
	7		6					1
3		4		○	1	8		
	9		2		4			
6	4			5				9
	8		4		3	○		
	1		7	5				4
4			1	2	7			

Auflösung des Vormonats

7	4	8	5	6	3	9	2	1
5	6	9	1	2	8	4	7	3
1	3	2	4	7	9	6	8	5
4	2	5	6	1	7	3	9	8
8	7	1	9	3	2	5	6	4
6	9	3	8	4	5	2	1	7
2	5	4	7	9	1	8	3	6
9	1	6	3	8	4	7	5	2
3	8	7	2	5	6	1	4	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

		9				5	2	1
		6	8		9	○		
7	2							8
4			7			2	5	
				3				
	5	3		○	1			6
○	3						6	8
			6		3	7		
9	6	7				3		

Auflösung des Vormonats

1	3	7	2	4	5	6	9	8
9	4	5	8	7	6	1	2	3
8	2	6	3	1	9	5	4	7
3	6	8	9	5	4	7	1	2
5	1	2	7	6	8	4	3	9
7	9	4	1	2	3	8	5	6
2	5	3	4	8	7	9	6	1
6	7	9	5	3	1	2	8	4
4	8	1	6	9	2	3	7	5

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Gibt's doch gar nicht, oder?

Drastischer Weg zum Erfolg

Victor Hugo schuf Werke für die Ewigkeit. Als sich seine Arbeit an „Der Glöckner von Notre Dame“ verzögerte, zwang sich Frankreichs großer Autor zur Disziplin: Er ließ sich von seinem Diener ohne Kleidung einschließen und vollendete den Roman – nackt und nur in eine Wolldecke gehüllt.

Die Geschichte um den Glöckner Quasimodo, der sich in die schöne Esmeralda verliebt, ist herzerreißend. Fast ebenso tragisch wie die Handlung, trug sich auch die Entstehung des Buches selbst zu. Denn dessen Autor gab sich nur zu gern Ablenkungen hin und ließ Termine zur Abgabe des Manuskriptes immer wieder verstreichen. Eine letzte Frist vor Augen, griff Victor Hugo daher zu drastischen Mitteln: Er ließ alle seine Kleidungsstücke weg-schließen und konnte somit das Haus nicht mehr verlassen. Die selbst auferlegte Isolation hatte Erfolg und brachte letztlich ein Stück Weltliteratur hervor.



Fotos: zefart / Adobe Stock, public domain; Montage: SoVD

Die Kathedrale Notre-Dame de Paris ist der zentrale Handlungsort von Victor Hugos (1802–1885) berühmtem Roman.

Hätten Sie's gewusst?

Mit Grog zu mehr Disziplin

Im 18. Jahrhundert gehörte Rum noch zur üblichen Schiffsration bei der britischen Marine. Weil sich jedoch mit einer betrunkenen Besatzung kein Krieg gewinnen lässt, ordnete Admiral Edward Vernon an, den Rum mit Wasser zu verdünnen – und erfand somit quasi zufällig den Grog.

Er machte gleich in zweifacher Hinsicht Karriere: zum einen als Marineoffizier, zum anderen in der Politik. Als Abgeordneter im britischen Parlament setzte sich Edward Vernon unter anderem für eine bessere Behandlung der Matrosen ein. Ob die ihm da wohl schon verziehen hatten, dass er ihren Rum mit Wasser verdünnen ließ?

Immerhin war Grog noch bis 1970 fester Bestandteil der täglichen Schiffsration bei der Royal Navy. Da dürfte es niemanden überrascht haben, wenn der eine oder andere Matrose nach seinem Dienst etwas „groggy“ an Land ging.



Fotos: Laura / Adobe Stock, public domain; Montage: SoVD

Um gegen Trunkenheit und mangelnde Disziplin vorzugehen, ließ Admiral Edward Vernon den Rum seiner Besatzung „strecken“.

Des Rätsels Lösung

Findest du die Zwillingstanne? (Ausgabe Dezember, Seite 16)
Gesucht war Baum Nr. 10.

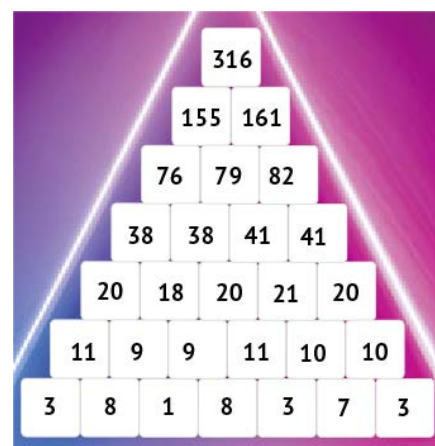


Einmal quer durchs All (Fehlersuche, Seite 16)

Wir haben die Unterschiede im Bild links markiert.

Zahlen-Pyramide (Denksport, Seite 17)

Rechts finden Sie die von uns gesuchten Zahlen.



Mit spitzer Feder

Buchtipp



Unbezahlbar

Als Milliardärstochter erlebt sie Klassendenken und misogynie Machtstrukturen. Paula Schwarz erkennt, dass viel Geld kein Garant für ein glückliches Leben ist. Sie rebelliert, befreit sich aus den familiären Strukturen und entwickelt eine eigene Vision für die Gesellschaft. Sie kämpft für soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und eine faire Ressourcenverteilung, aber auch um ihre Selbstbestimmung, Integrität und Gesundheit. Sie ist überzeugt, dass wir einen Paradigmenwechsel auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene brauchen, um die Welt zu retten. Wie dieser Wandel gelingen kann, zeigt sie in ihrem Buch.



Paula Schwarz: *Unbezahlbar. Wie ich aus altem Reichtum ausbrach, um neue Werte für alle zu schaffen.* Ariston, 240 Seiten, ISBN: 978-3-424-20310-3, 22 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns entweder mit dem Betreff „Unbezahlbar“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

gepflegtes Grün mit Bäumen u. Blumen	Wirkstoff im Tee	wunderliche Eigenart	Winkel bei Fußballtoren	Schöpfer, Initiator	türk. Name Adrianopels	besitzanzeigendes Fürwort, 2. Person	Gründer des Türkischen Reiches	span. Artikel	Wandelstern	organischer Rohstoff	Halbinsel Ägyptens
Gewässer im Salzkammergut (A)						11 flüssiges Fett			ugs.: sehr viele		
begütert				Stadt im Kr. Wesel (NRW)				12			Gewichtshebung
ugs.: Fußballspielerin			3			Bad am Taunus	nikotinhaltige Pflanze		span. Mehrzahlartikel		
			Fragewort (4. Fall)	nicht außen	künstl. Erdbegeleiter					1	
heftiger Wortwechsel, Zwist	dt. Vorsilbe der Verneinung	veraltet: ugs.: Streit							9	Halmgewächs	Kurzform von Assistent
Futterpflanze					6	Abk.: High Fidelity	Machenschaften, Ränkespiel		durchsichtiges Material		
				Jagdrevier	Kindersprache: Bett				dicht.: Pferd		
Kettengesang	dünnes Häutchen		Kategorie bei Wettspielen								8
	5	4			griechische Kunstgöttin	seemänn.: Kerbe, Rille	Strom in Mitteleuropa	Leben, Existenz			
aufmachen	Kurzwort für Popmusik	Abkürzung (Kurzform)	Vorname d. Schauspielers Schweiger	griech. Vorsilbe: klein...						AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ ■ ■ ■ ■ H ■ ■ ■ K ■ ■ ■ ■ ■ B ■ ■ ■ ■ ■ B ■ ■ ■ S P E K T A K E L ■ S T A D I U M ■ ■ A D O R F ■ R O S T ■ R E M S ■ ■ G E R I E B E N ■ A C O M E T ■ ■ W E L K E N ■ R T A C O ■ O N O ■ ■ ■ ■ M ■ Z ■ A B A R T ■ D ■ B ■ N ■ ■ Z U M E I S T ■ A ■ L E G I O N ■ ■ E U T I N ■ T ■ D R A U ■ S I E B A ■ ■ L ■ S ■ K E N I A ■ M ■ S I E G ■ ■ E I S E R N ■ V ■ S P H A E R E ■ ■ I R E ■ U ■ L A R A ■ ■ ■ T I T I S E E ■ A L B ■ ■ L E S A R T ■ I N D E R ■ ■ N ■ T R E N D ■ E M D ■ Kubikmillimeter (1-15)	
Hochebene, Tafelland					Schwur				10		
	2			Schneidewerkzeug							
ugs.: toll, großartig	Mahlrückstand		7			durch, mittels (lat.)					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. Januar einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse und Mitgliedsnummer anzugeben!

Anzeige

Letzte Wünsche erfüllen!

Hilfe & spende jetzt!

Der Wunschewagen
Letzte Wünsche wagen

KURdirekt

8 Tage p.P. ab **€ 547,-**

Kein Einzelzimmer-Zuschlag! ✓

Erholungsreise nach Bad Griesbach

Der charmante Kurort Bad Griesbach liegt inmitten einer idyllisch hügeligen Landschaft. Mit seinen drei Thermalquellen, einem vielseitigen Abend- und Kulturprogramm, dem größten zusammenhängenden Golf-Resort Europas und 15 Kilometern Nordic Walking-Wegstrecke ist Bad Griesbach der perfekte Ort für Ihren Erholungsurlaub.



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3++ Hotel Birkenhof Terme
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Halbpension
- ✓ Täglich Kaffee und Tee (15-16 Uhr)
- ✓ Kostenfreie Nutzung der Hotel-Therme
- ✓ 10% Ermäßigung auf Massagen und kosmetische Anwendungen im Hotel
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Nordic Walking-Stöcken (nach Verfügbarkeit)
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN) in der Lobby
- ✓ Örtliche Reiseleitung

TERMINE & PREISE 2026 p.P. im DZ/EZ

Anreise: montags	8 Tage / 7 Nächte	Verl.-Woche
A 19.01.26; 26.01.26 30.11.26; 07.12.26; 14.12.26*	€ 547,-	€ 299,-
B 02.02.26; 09.02.26; 16.02.26; 23.02.26 16.11.26; 23.11.26	€ 627,-	€ 349,-
C 02.03.26; 09.03.26; 16.03.26; 23.03.26 19.10.26; 26.10.26; 02.11.26; 09.11.26	€ 677,-	€ 399,-
D 03.08.26; 10.08.26; 17.08.26; 24.08.26	€ 697,-	€ 399,-
E 30.03.26; 06.04.26; 13.04.26; 20.04.26; 27.04.26; 04.05.26; 11.05.26; 18.05.26; 25.05.26; 01.06.26; 08.06.26; 15.06.26; 22.06.26; 29.06.26; 06.07.26; 13.07.26; 20.07.26; 27.07.26 31.08.26; 07.09.26; 14.09.26; 21.09.26; 28.09.26; 05.10.26; 12.10.26 21.12.26**; 28.12.26**	€ 797,-	€ 499,-

Hinweise:

- *Weihnachts-Zuschlag (24.12.): € 30,- p.P.
- **Silvester-Zuschlag (31.12.): € 100,- p.P.
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort (ca. € 2,80 p.P./Tag).
- > Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz-erklaerung

Reisecode: SOVD

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem neuen Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!



3++ Hotel Birkenhof Terme



Zimmerbeispiel, 3++ Hotel Birkenhof Terme

REISE KÖNIG

8 Tage p.P. ab **€ 1.177,-*** statt € 1.277,-

Jetzt buchen und bis zum 30.01.26 Ultra-Frühbucher-Ermäßigung von € 100,- p.P. sichern!*

Flusskreuzfahrt „Donausymphonie“

Verbringen Sie eine abwechslungsreiche Kreuzfahrt auf einem der größten Flüsse Europas. Lehnen Sie sich an Bord ganz entspannt zurück und lassen Sie die herrlichen Landschaften auf Ihrem Weg durch Österreich, die Slowakei und Ungarn an sich vorüberziehen. Während Ihrer Flusskreuzfahrt sehen Sie die beeindruckenden Donaumetropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava.

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung		23:30 Uhr
2	Krems (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang	14:15 Uhr	19:00 Uhr
3	Esztergom (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Besichtigung der Basilika.	12:00 Uhr	15:30 Uhr
	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zu verschiedenen Ausflügen.	19:30 Uhr	-
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	-	20:45 Uhr
5	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	13:45 Uhr	23:00 Uhr
6	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	06:30 Uhr	19:00 Uhr
7	Ybbs (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Ausflug nach Maria Taferl.	07:00 Uhr	13:00 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	04:30 Uhr	

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BOLERO und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Kreuzfahrtleitung & deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren*2

TERMINE & PREISE 2026 p.P.

Abfahrtstermine: montags	2-Bett Hauptdeck vorn/achtern (HX)	2-Bett Mitteldeck achtern (MX)	2-Bett Oberdeck achtern (OX)
A 23.03.; 30.03. 26.10.	€ 1.177,- statt € 1.277,-	€ 1.507,- statt € 1.607,-	€ 1.807,- statt € 1.907,-
B 06.04.*3 05.10.	€ 1.277,- statt € 1.377,-	€ 1.627,- statt € 1.727,-	€ 1.927,- statt € 2.027,-
C 27.04.; 04.05. 20.07.; 27.07.*3; 17.08.; 24.08.	€ 1.377,- statt € 1.477,-	€ 1.727,- statt € 1.827,-	€ 2.077,- statt € 2.177,-
D 25.05.*3 01.06. 22.06.; 29.06. 14.09.*3	€ 1.477,- statt € 1.577,-	€ 1.777,- statt € 1.877,-	€ 2.177,- statt € 2.277,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- > Aufpreis Abendlicher Spaziergang in Passau** € 39,-
- > Aufpreis Ausflugspaket (Ausflüge Krems, Budapest, Bratislava, Wien): € 159,-
- > Aufpreis Getränkepaket: € 224,-

Hinweise:

- *Sie erhalten € 100,- p.P. Frühbucher-Ermäßigung bei Buchung bis 30.01.26 (schon im Streichpreis berücksichtigt!).
- **Ausgenommen regionale Bettensteuern, Kurtaxen oder kommunale Tourismusabgaben.
- **Single-Spezial: Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung um 50% reduziert (begrenztes Kontingent).
- **Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen.
- > Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- > Routenänderungen vorbehalten.
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/rechtliche-hinweise/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem neuen Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!



Kabinenbeispiel, 4++ BOLERO

Beratung & Buchung: **0800 - 228 42 66**
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter: **www.kurdirekt.de**
Folgen Sie uns auch auf Facebook und Instagram!

Beratung & Buchung: **0800 - 55 66 700**
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

Günstige Preise 2026 - direkt vom deutschen Reiseveranstalter!



(K)urlaub auf der Sonneninsel Usedom

Inklusiv - Reiseleistungen:

- ✓ 7-tägige Reise auf die Sonneninsel Usedom
- ✓ 6 Nächte inkl. Frühstücks- und Abendbuffet sowie ausgewählte alkoholfreie Getränke
- ✓ Nutzung von Schwimmbad und Whirlpool während der Öffnungszeiten
- ✓ mindestens 2x kulturelle Veranstaltungen
- ✓ Kundenvorteilskarte (erhältlich bei der Reiseleitung)
- ✓ deutschsprachige Betreuung vor Ort

Optional buchbar - Preise pro Person:

- ✓ Kurpaket: 10 Kuranwendungen nach Verordnung (z.B. Fango-/Moorpackung, Vibrationsmassage, Fußakupressur, Wirbelmassage, Vakuummassage, Sollux, Kryotherapie, Inhalation, Sauerstofftherapie, Fluidotherapie, Interdynamik, Elektrotherapie, Iontophorese, Laser, Ultraschall, Magnetotherapie und 1 medizinische Konsultation € 49,-)
- ✓ Haustürtransfer mit Minibus € 99,- bis € 279,- (Hin & Rück)
- ✓ Fahrt mit Fernreiselinienbus ab € 159,- (Hin & Rück)
- ✓ Reiseversicherung „Gold“ (Reiserücktritt und -abbruch) ab € 12,-
- ✓ Reiseversicherung „Platin“ (Paket Gold und Auslands-krankenvers.) ab € 14,-

Ihre Urlaubsregion: Bietet alles um sich bestens zu entspannen und die tägliche Routine hinter sich zu lassen. Das Reizklima an der See kommt vor allem der Haut und den Atmungsorganen zugute, es fördert zudem die Durchblutung und stärkt die Abwehrkräfte. **1.800 Sonnenstunden** im Jahr, ein breiter Sandstrand, wilde Dünen, die längste Strandpromenade Europas und ein Streifen balsamischen Kiefernwaldes machen die **Sonneninsel Usedom** seit Jahren zum beliebten Ferienziel für Urlauber und Kurgäste. Erkunden Sie Swinemünde auf eigene Faust, einen der attraktivsten Kurorte, der sich in der letzten Zeit stark weiter entwickelt hat. Die optionalen **10 Kuranwendungen** lindern Beschwerden, halten Sie fit und steigern einfach das allgemeine Wohlbefinden.

So wohnen Sie: In einem von uns ausgesuchten Kur- & Wellnesshaus**** aus dem JAWA-Reisen Programm. Alle Zimmer sind mit Bad bzw. DU/WC, Telefon sowie Sat-TV ausgestattet. Sie haben es **maximal 200m weit bis zur Strandpromenade**, auf der Sie bei Spaziergängen das hervorragende Ostsee-Klima nach Herzenslust genießen können.

Informationen: Es gelten die Allgemeinen Reise- und Zahlungsbedingungen der JAWA-Reisen GmbH. Die Transferpreise variieren je nach Wohngebiet, die genauen Preise können wir Ihnen jederzeit durchgeben. Die Reise ist für Gäste mit Mobilitätseinschränkungen nicht geeignet. Weitere zahlreiche Reiseangebote finden Sie unter www.jawa-reisen.de.

AKTIONS-ANGEBOT:

Jeder Reisegast spart

100 €

nur bei Buchung bis zum 15.01.2026 mit

Rabatt-Code: SoVD2026

statt ab ~~294 €~~

194 €

schon ab

kein EZ - Zuschlag bis zum 24.04.26 & ab 31.10.26!

Preise & Termine 2026 in €/Person			
Termine	Preise für 6 Übernachtungen		
Anreise am Sa oder So	Doppelzimmer	Einzelzimmer	DZ zur Alleinnutzung
17.01.-07.02.26	194 statt -294-	194 statt -294-	338 statt -438-
08.02.-24.04.26 31.10.-04.12.26	296 statt -396-	296 statt -396-	494 statt -594-
25.04.-08.05.26 17.10.-30.10.26	332 statt -432-	452 statt -552-	572 statt -672-
09.05.-12.06.26 26.09.-16.10.26	398 statt -498-	596 statt -696-	698 statt -798-
13.06.-25.09.26	494 statt -594-	674 statt -774-	794 statt -894-

Zusatzkosten pro Tag (zahlbar vor Ort): Kurtaxe ca. € 1,60/ Pers.; Parkplatz ca. € 10,- bis € 15,-/PKW; Verlängerungswoche auf Anfrage

Veranstalter: JAWA-Reisen GmbH
Giersstr. 20 • 33098 Paderborn
info@jawa-reisen.de

Jetzt buchen: **05251 - 390 900**
(Mo. - Fr. 9 - 17 Uhr)

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540



Gedächtnis mit Ginkgo

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

(72g = € 187,50 | € 166,67/kg)

Best.-Nr. 81 180 Kapseln € 13,50
ab 3 Packungen nur € 12,00

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden. Mikrofein vermahlen!

vegan!

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = € 24,00) € 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = € 22,00) nur € 11,00

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuellen Funktionen des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln (90g = € 238,89/kg) € 21,50
ab 3 Pack. (90g = € 211,11/kg) nur € 19,00

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln (88g = € 153,41/kg) € 13,50
Best.-Nr. 1850 300 Kapseln (178g = € 140,45/kg) € 25,00

Magnesium-400-supra

Verbessert die Funktion und Belastungstoleranz der Muskeln, insbesondere bei Sport und fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Eine Kapsel am Tag deckt den Magnesium-Bedarf eines Erwachsenen.

Best.-Nr. 129 120 Kapseln (91g = € 93,41/kg) € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln (229g = € 76,42/kg) € 17,50

TOP Vitamin B12 Supra 200µg

Vitamin B12 spielt eine wichtige Rolle für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie im Energiestoffwechsel des Menschen. Jede Tablette hochdosiert mit 200µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten (51g = € 127,45/kg) € 6,50
ab 3 Pack. (51g = € 116,67/kg) nur € 5,95

2.000I.E. Vitamin D3 2.000I.E.

Vitamin D ist für viele Lebensfunktionen unentbehrlich und spielt eine wichtige Rolle für feste, stabile Knochen und Zähne, für ein vitales Immunsystem und eine gesunde Muskelfunktion. Im Winterhalbjahr kann es zu einer Unterversorgung mit Vitamin D3 kommen.

Best.-Nr. 209 150 Tabletten (50g = € 120,00/kg) € 6,00
ab 3 Packungen (50g = € 110,00/kg) nur € 5,50

Willkommens-GUTSCHEIN: 32

...Gutschein-Nummer auch telefonisch und online einlösbar!

2-Monatspackung *FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **GRATIS** und **VERSANDKOSTENFREI*** Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles Kosmetik-Probetset!

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kaps.	1	GRATIS	
*versandkostenfrei				
*Mindestbestellwert € 10,-				

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/sovd290132

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzchenbach
Tel.: 073 34/96 540
Fax: 073 34/96 54 44
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS
BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR







Winter-Auszeit im Harz

Erlebnisse, Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, u.v.m.

- **3 Tage / 2 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket (mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **2 Abendessen** vom abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- **Wertgutschein** Hotel-Shop

Diese Erlebnis-Highlights sind bereits im Preis enthalten:

- Eintritt in eine der Rübeländer Tropfsteinhöhlen
- Eintritt in das Luftfahrtmuseum Wernigerode

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum 01.01.26 bis 03.04.26
WE-Zuschlag für Erwachsene: 15,00 € / Nacht (Fr & Sa).
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw.
im DZ

205,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
**33%
Vorteil!**

Sichern Sie sich zusätzlich
**10%
Sonderrabatt**
mit Buchungscode
RITTERSCHLAG

** auf alle Aufenthalte im Zeitraum 01.01. bis 22.12.26. Bei Direktbuchung mit dem Code „RITTERSCHLAG“ über die Online-Buchung auf unserer Website sowie per Telefon oder E-Mail. Aktion gültig bis 1. April 2026.

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49 (0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Gut geschützt ins neue Jahr

Mit den zuzahlungsfreien Pflegehilfsmitteln von meinPflegeset

Nach § 40
SGB XI ab
Pflegegrad 1*



So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite downloaden
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.





Hier Antrag anfordern

Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9 – 11
65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



pflegetipp.de

Sie haben einen Pflegegrad?

Monatlich Pflegehilfsmittel im Wert von bis zu 42€ kostenlos geliefert.

Nutzen Sie Ihren gesetzlichen Anspruch auf
Pflegehilfsmittel - ganz nach Ihren Bedürfnissen.



Sie haben Fragen?
0211 54 22 98 07



Direkt online bestellen

Dann scannen Sie den QR-Code oder gehen direkt auf www.pflegetipp.de.
Füllen Sie hier ganz einfach das Online-Formular aus und sichern Sie sich auf
schnellstem Wege Ihre kostenlosen Pflegehilfsmittel.



Sie möchten einen Antrag zugesandt bekommen?

Dann schneiden Sie bitte den ausgefüllten Brief aus und senden ihn
auf einen Briefumschlag oder auf Pappe geklebt an uns zurück. Das
Entgelt für den Brief ist bereits bezahlt und dieser kann direkt
eingeworfen werden.

Absender

Vor- und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Ich möchte mehr Informationen zu den
zuzahlungsfreien Pflegehilfsmitteln erhalten

Januar 2026

Entgelt
bereits
bezahlt

FK 5289 8462 00 3000 0010
KE Deutsche Post
RESPONSEPLUS



Best Care GmbH
Pflegehilfsmittel
Heltorfer Str. 12
40472 Düsseldorf

Wechseln Sie zum E-Paper!

Scan mich!

- > **schneller bei Ihnen als im Postversand**
- > **enthält alle Landesbeilagen**
- > **für Tablets und Smartphones**
- > **schont die Umwelt**



Der kürzeste Weg geht über das Smartphone. Dazu einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Den nun erscheinenden Link tippen Sie an. Wenn auf Ihrem Gerät noch kein Scanner installiert ist, finden Sie diesen im AppStore oder bei Google Play. Sie können sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper

Foto: Miljan Živković / Adobe Stock; Collage: SoVD



SoVD betont unersetzlichen Dienst von Freiwilligen im Verband und in der Gesellschaft

Vorschläge online einreichen

Ehrenamtliche stärken Zusammenhalt

Superhelden weiter gesucht

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und der Bundesverbandsratsvorsitzende Bernhard Sackarendt unterstreichen die tragende Rolle des ehrenamtlichen Engagements für das Gemeinwesen. Auch der SoVD lebt von seinem starken Ehrenamt, das die Werte des Verbandes lebt und nach außen trägt.

Der SoVD zeichnet besonders aktive Ehrenamtliche als „SoVD-Superheld*innen des Jahres“ aus. Auch in diesem Jahr geht die Aktion weiter. Mehr Informationen zur Teilnahme und ein Formular zum Einreichen des Vorschlages gibt es online unter www.sovd.de/sovdsuperhelden. Nominierungen können auch direkt per Mail an sovdsuperhelden@sovds.de geschickt werden.

Am 5. Dezember war der Internationale Tag des Ehrenamtes. Aus diesem Anlass würdigte der SoVD den Einsatz der Millionen Menschen, die sich in Deutschland freiwillig engagieren. Ihr Einsatz leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt. Rund 28,8 Millionen Bürger*innen übernehmen Verantwortung in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten. Auch beim SoVD bildet das Ehrenamt das tragende Fundament: Mehr als 20.000 Engagierte unterstützen Ratsuchende, fördern Teilhabe und stärken den Verband als eine der größten sozialpolitischen Organisationen Deutschlands.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier betont die Bedeutung dieses vielfältigen Einsatzes: „Ehrenamtliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen. Es macht sichtbar, wie stark Solidarität

wirken kann, wenn Menschen füreinander eintreten. In einer Zeit zunehmender individueller Bedürfnisse und gesellschaftlicher Spannungen ist diese Form des Miteinanders wichtiger denn

je.“ Für den Verband ist aber auch klar: Freiwilliges Engagement kann und darf staatliches Handeln nicht ersetzen. Michaela Engelmeier mahnt zugleich: „Staat und Politik müssen dafür

sorgen, dass Ehrenamtliche verlässliche Rahmenbedingungen und die notwendige Unterstützung erhalten.“

Auch innerhalb des SoVD wird Engagement großgeschrieben. Von den Orts- und Kreisverbänden bis hin zum Bundesverbandsrat tragen Freiwillige Verantwortung und setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein. „Wer sich im SoVD engagiert, gestaltet Gesellschaft ganz praktisch mit und ermöglicht konkrete Verbesserungen für die Menschen, die Unterstützung brauchen“, erklärt der Vorsitzende des Verbandsrates, Bernhard Sackarendt.

Freiwilliges Engagement verbindet Menschen, schafft Nähe und soziale Unterstützung. Es zeigt, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht nur von staatlichen Strukturen getragen wird, sondern vor allem durch Menschen, die mit Tatkraft, Herz und Überzeugung handeln. str



Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Freiwillige Besuchsdienste für Senior*innen sind nur eine von vielen Formen des ehrenamtlichen Engagements.



Foto: Peter Kunze

SoVD-Superheld*innen 2025: Hannelore Veit, Michaela Korte und Hans Jürgen Schmidt.

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlberg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantwortl./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistenz). E-Mail: redaktion@sovds.de

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbeeilagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243/53 90 123 oder 0176/47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sovds@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.



(IWW) geprüft. Sie betrug im 3. Quartal 2025 insgesamt 359.039 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 82.903 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovds.de/kontakt/datenschutz.